

STATISTISCHES AMT FREIBURG /BR.

---

J n f o r m a t i o n s -  
d i e n s t

B e r i c h t III

Abgeschlossen mit dem 30. November 1938.

## J n h a l t s ü b e r s i c h t .

### I A l l g e m e i n e s

Wirtschaftstatsachen	3
Staat und Wirtschaft	5
Die landwirtschaftliche Ertragssteigerung	15
Der deutsche Wohnungsbau 1938	21
Die deutsche Rohstoffproduktion	24
Zahlen aus dem Schweizerland	30
Lesenswerte wirtschaftspolitische Aufsätze	67.

## J n h a l t s ü b e r s i c h t .

### II F r e i b u r g

Die Bautätigkeit der Stadt Freiburg (Beitrag von Bauamtman Dittes)	34
Die Altstadtanierung im Blickpunkt des Sozialpolitikers	39
Fremdenverkehrssaison 1938 (Kreisfachgruppenleiter der Wirtschaftsgruppe Gaststätten J h r i n g e r)	47
Das Schwarzwaldreisebüro Freiburg (Der Geschäftsführer des Büros Steinbach)	51
Wohnungsgeldzuschuss und Mietaufwand bei Beamten und Angestellten der Stadt Freiburg	55
Eheschliessungen, Geburten und Sterbefälle in Freiburg im 3. Vierteljahr 1938	58
Die A-B-C-Schützen in Freiburg	60
Versorgungsbericht, Erläuterungen zu den Monaten Oktober und November	65

W i r t s c h a f t s t a t s a c h e n .

- 4.10.38 Der **nordostschweizerische Verband für Schifffahrt** hat in St.Gallen seine Hauptversammlung abgehalten. Die Notwendigkeit des Ausbaues der Rheinschifffahrt zwischen Basel und dem Bodensee wurde nachdrücklich betont.
- 5.10.38 Die deutsche statistische Gesellschaft tagte unter Vorsitz von Präsident Prof. Dr. Zahn in Würzburg. In einer Rede betonte der Präsident, dass das erste Erfordernis heute die Regelung der Arbeitsteilung zwischen zentralen und dezentralen Stellen sei.  
Eröffnung des WHW im Berliner Sportpalast
- 8.10.38 Bei den Besprechungen zwischen dem Reichswirtschaftsminister und dem türkischen Wirtschaftsminister sind die Grundlagen für einen von Deutschland an die Türkei einzuräumenden Kredit in Höhe von RM 150 Mill. festgelegt worden.
- 11.10.38 Gesetzliches Zahlungsmittel in Sudetendeutschland ist neben der tschechischen Krone die Reichsmark (Eine tschechische Krone = 12 Reichspfennige).
- 10.10.38 Der bisherige Leiter der Wirtschaftsgruppe Industrie, G. Dierig wurde auf seinen Wunsch abberufen. Zum Nachfolger wurde W. Zangen, Generaldirektor der Mannesmann-Röhrenwerke berufen.
- 21.10.38 Auf der "Tagung der Technik" in Hamburg kündigte Dr. Todt den Durchstoß durch das Alpenmassiv auf der Strecke Klagenfurt-München mittels zweier sieben und acht km langer Strecken an.  
Staatssekretär Brinkmann hält eine Rede über "Staat und Wirtschaft"
- 25.10.38 Da die Zeichnungen für die neue Reichsanleihe den ursprünglich vorgesehenen Betrag erheblich überstiegen, ist die Gesamtsumme von 1,5 auf 1,85 Milliarden Reichsmark erhöht worden.
- 30.10.38 Eröffnung des Mittellandkanals durch R. Hess in Magdeburg.

- 3.11.38 Auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministers werden dem sudetendeutschen Einzelhandel, dem Handwerk und der Industrie Kreditgarantien bis zum Höchstbetrag von RM 150 Mill. zur Verfügung gestellt
- 5.11.38 Folgende Reichsautobahnteilstrecken wurden heute in einer Gesamtlänge von 224 km dem Verkehr übergeben: 1) Berlin-Leipziger Dreieck-Schkeuditz (117), 2) Köln-Wuppertal bis Kamen (10,6), 3) München -Jngolstadt-Bräzthof (41,9), 4) Karlsruhe-Stuttgart (34) 5) Stuttgart-Heilbronn (20).
- 10.11.38 In der Preussischen Gesetzessammlung wird ein neues preussisches Finanzausgleichsgesetz verkündet. Eine neue Schlüsselung soll die Tatsache berücksichtigen, dass den Grosstädten mehr Kosten erstehen als einer Kleinstadt.
- 11.11.38 Postsparkassenordnung durch den Reichspostminister erlassen; sie tritt am 1.1.39 in Kraft.  
Die DAF teilt mit, dass bisher 150 000 Kaufanträge auf Volkswagen eingegangen sind.
- 13.11.38 Verordnungen über: Ausschluss der Juden von Handel und Handwerk, Busse von 1 Mrd. RM, Haftung für Schäden.
- 17.11.38 Reichswirtschaftsminister Funk hält eine Rede im Haus der Flieger in Berlin anlässlich der Einsetzung des neuen Leiters der Reichsgruppe Industrie (Zangen) über " Sicherung der Freiheit und Wohlfahrt des Volkes", in der er noch einmal zu den Ausführungen seines Staatssekretärs vom 21. Okt. Stellung nimmt.  
Unterzeichnung des neuen englisch-amerikanischen Handelsvertrags in Washington.
- 18.11.38 Durch enge Zusammenarbeit mit der Industrie und den zuständigen Stellen ist es gelungen die Erzeugung von Ackerschleppern auf über 30 000 Stück zu steigern (bisher 2500 jährlich). Der Bedarf der deutschen Landwirtschaft wird auf 500 000 Stück geschätzt.
- 19.11.38 Neuauflage einer Reichsanleihe über RM 1,5 Mrd., 4,5%, 4. Folge.  
Oberst Schell wird von Ministerpräsident Göring durch Erl. v. 15.11.38 zum Beauftragten für das Kraftfahrwesen bestellt. Aufgaben: Förderung und Zusammenfassung aller notwendigen Massnahmen für die Erzeugung, Verbesserung der Organisation auf äusserste Typenbeschränkung und weitgehendste Normung.
- 27.11.38 Der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium Backe fordert Einführung der Marktordnung für die gewerbliche Wirtschaft.  
Der Reichsminister Darrée gibt die Parole für 1939 Maschinisierung der Landwirtschaft.

## S t a a t   u n d   W i r t s c h a f t .

Der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Rudolf Brinkmann hielt am 21. Oktober 1938 in Düsseldorf anlässlich der Reichstagung des Fachamtes Banken und Versicherungen in der Deutschen Arbeitsfront einen grundsätzlichen Vortrag über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft.

An dieser Stelle wird versucht, die Rede in einer Gliederung wiederzugeben, die dem Aufbau der Rede möglichst genau angepasst ist. Aus dem Originaltext werden die markantesten Sätze den einzelnen Thesen in engzeiliger Schrift angefügt.

In groben Umrissen ist der Vortrag in zwei Hauptteile gegliedert: Zunächst eine grundsätzliche Auseinandersetzung und der Hinweis auf den Zusammenhang unserer Frage mit den anderen wichtigen Erscheinungen des Lebens. Im zweiten Teil ist zu einzelnen brennenden Problemen der zeitgenössischen deutschen Wirtschaft Stellung genommen. Diese Einteilung ist in unserem nachfolgenden Schema nicht enthalten, weil der Übergang nicht scharf abgegrenzt ist, sondern fließend vor sich geht.

### Die Gliederung .

#### A. Das Thema .

- I. Das Problem Staat und Wirtschaft ist in der ganzen Welt ein brennendes.
- II. Die Behandlung des Themas.
  - a) Ablehnung von Gefühl und Phrase.
  - b) Schaffung einheitlicher Begriffe.

"Zu diesem Thema öffentlich zu sprechen, ist schon unbequem, weil die Fragen, die es umschliesst, im Brennpunkt der politischen Auseinandersetzungen stehen, und zwar nicht nur bei uns in Deutschland, sondern wohl in der ganzen Welt.

Das Thema ist aber auch aus dem Grunde nicht ohne Dornen, weil es nicht leicht ist, mit Ausführungen darüber eindeutig verstanden

zu werden. Nun ist es kein Geheimnis, dass gerade auf diesem Gebiet sehr oft unklares Gefühl mit dem Anspruch auftritt, Weltanschauung zu sein, und Phrase mit dem, als wissenschafts-strenger Begriff genommen zu werden.

- Dazu kommt eine Besonderheit unserer Zeit. Die ist dadurch gekennzeichnet, dass Weltanschauungen aufeinanderplatzen, wodurch viele Worte einen doppelten Sinn bekommen. So kann es vorkommen, dass zwischen dem, was von dem einen gesagt wird, und dem, was von dem andern darunter verstanden wird, vielleicht aber auch nicht verstanden wird, sich unversehens eine Kluft auftut.

## B. S t a a t    u n d    W i r t s c h a f t .

I. Wir haben eine einheitliche weltanschauliche Basis. Wir müssen die natürlichen Unterschiede berücksichtigen.

"Worüber ich aber zu Ihnen sprechen möchte, ist dies: Wirtschaft und Staat treten heute zwar nach einer einheitlichen Weltanschauung an. Jede dieser Organisationen folgt aber in dem von ihr betrauten Raum ihren eigenen Regeln und hat ihre eigene, von innerer Kraft und äusseren Widerständen bestimmte Dynamik."

II. Begriffsklärung.

- a) Staat
- b) Wirtschaft

"Wir müssen uns zunächst zu einer gemeinsamen Sprache finden, und ich bitte Sie daher, mit mir verstehen zu wollen unter  
 S t a a t : die höchste organisatorische Erscheinungsform der Volksgemeinschaft, die innerhalb des nationalen Raumes alle Gliederungen und Faktoren des Volkes unter einer Verwaltungsspitze zu einer handlungsfähigen Einheit und zu öffentlicher Macht zusammenfasst;  
 W i r t s c h a f t : die Vielheit der organisatorischen Einheiten, zu denen Volksgenossen zu Leistungsgemeinschaften zwecks Befriedigung der Lebensbedürfnisse des einzelnen wie der Nation zusammengefasst sind, deren Beziehungsverhältnisse untereinander sowie deren Zusammenschlüsse zu höheren Gemeinschaften.

III. Staat und Wirtschaft als Funktionen ein und desselben Volkskörpers.

"Wenn wir hiernach den "Staat" als die rechtliche Organisation des Volkes auf räumlich abgegrenztem Gebiet und die "Wirtschaft" als eine Funktion des Volkskörpers begreifen, so können

sie als Erscheinungsformen des gleichen Volkes begrifflich schon keine Gegensätze sein.

a) Der Primat der Politik.

1. Die privatwirtschaftliche Tätigkeit ist selbst politischer Natur.

"In der Wirtschaft ist nur ein Teil des Volksganzen zusammengefasst. Die privatwirtschaftliche Betätigung ist notwendig zur Teilnahme an den Gemeinschaftsaufgaben des politischen Volkes. Daraus folgt an sich schon der nationalsozialistische Grundsatz des Primats der Politik.

2. Staat und Wirtschaft haben besondere Aufgaben.

"Aufgabe des Staates ist es, innerhalb der Volksgemeinschaft das Leben der Volksteile umfassend zu ordnen. Die Aufgabe der Wirtschaft dagegen ist es, als Arbeitsbeauftragter des Volksganzen durch Wirtschaften das nationale Dasein für die Gegenwart und die Zukunft materiell sicher zu stellen.

3. Aber Aufgaben und Fähigkeiten des Unternehmers sind begrenzte.

"Man kann und muss vom Unternehmer verlangen, dass er sein Arbeitsgebiet beherrscht. Die Wirtschaft und Unternehmungen, die ausserhalb des ihm zugemessenen Herrschaftsbereichs liegen, zu führen geht aber über seine Kraft. Fähig dazu ist nur die politische Organisation des Volkes: Der Staat, sodass sich auch hieraus der Primat der Politik rechtfertigt.

- b) Staatliche und wirtschaftliche Organisationen sollen und können sich ergänzen.

"Möchten auch wir, d.h. Beamte und Wirtschaftsführer uns dahin finden, dass wir uns nicht bekämpfen und gegenseitig gering achten, sondern dass jeder in seiner Art der Schützer des anderen und mit ihm der Gesamtheit verschworen ist.

- c) Der Staat untersteht, wo er als Unternehmer auftritt selbst den von ihm der Wirtschaft gesetzten Ordnungsprinzipien.

## C. Die nationalsozialistische Anschauung des Problems.

### I. Weltanschauung und praktische Forderungen.

"Die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft entwickelten sich aus geistig = weltanschaulichen Forderungen einerseits und praktischen Notwendigkeiten andererseits.



a) Die Stellung zu vergangenen Weltanschauungen und Wirtschaftssystemen.

1. Der Merkantilismus hat nur gewisse Methoden mit unserer Wirtschaftspolitik gemeinsam.

"Das heutige System unterscheidet sich vom Merkantilismus vor allem durch die **g e i s t i g e n V o r a u s s e t z u n g e n** und die **Z i e l e** der staatlichen Wirtschaftspolitik. Das Zeitalter des Merkantilismus war ein Zeitalter absoluter Staatsauffassung. Der Staat war damals der oberste Wert. Der Nationalsozialismus lehnt diese Staatsauffassung ab. Für ihn ist der oberste Wert das **V o l k**.

2. Marxistischer Sozialismus und politischer Liberalismus.

"Jedem Einsichtigen war es damals klar, dass weder im reinen Liberalismus noch im marxistischen Sozialismus das Heil liegen konnte.

Gab es nun ausser diesen beiden ungangbaren Wegen noch einen dritten Weg, der beschritten werden konnte ?

b) Umwälzung der Begriffe durch den Nationalsozialismus.

1. Willkür und Freiheit.

"Wenn man den Liberalismus mit Willkür gleichsetzt, Willkür ablehnt, aber die echte schöpferische Freiheit an Stelle der **Willkür setzt**, und diese bejaht, so haben wir ein Grundelement der heutigen Wirtschaftsauffassung vor uns : Die **F r e i h e i t** der **P e r s ö n l i c h k e i t**, die sich **f r e i w i l l i g** aus **E i n s i c h t** in die höhere Notwendigkeit der Gemeinschaft ein- und unterordnet.

2. Bürokratie und Ordnung.

"Und wenn man marxistischen Sozialismus mit Bürokratisierung gleichsetzt, so muss man nur Bürokratie durch den Begriff der Ordnung und der Fürsorge für die Gemeinschaft ersetzen und man erhält : Die Einordnung in die Gemeinschaft, die, wo sie nicht freiwillig und aus Einsicht geschieht, durch staatlichen Befehl erzwungen werden muss.

II. Die politische Forderungen des Staates an die Wirtschaft.

a) Das Ziel des starken und freien Staates.

1. Nach Innen.

"Welches sind aber die politischen Forderungen, die der Staat für das Wirtschaftsleben aufge-

stellt hat ? Die erste ist die : Wir wollen einen starken und freien Staat. Im Innern soll nicht die stärkere Interessentengruppe dem Staat ihren Willen aufzwingen oder in Verwaltung und Gesetzgebung seine Hand führen können.

## 2. Nach Aussen.

"Gegenüber der Aussenwelt wollen wir einen gesicherten Lebensraum auch im wirtschaftlichen Sinne. Wir wollen keine Autarkie im Sinne der Abgeschlossenheit und asketischen Selbstgenügsamkeit. Wir wollen vielmehr so reichlich über das zum Leben und Wirtschaften Notwendige verfügen können, dass uns kein anderes Volk, indem es uns diese Notwendigkeiten vorenthält, seinen politische Willen aufzwingen kann.

### b) Das Ziel der Besserung der Lebenshaltung.

"Besserung der Lebenshaltung, d.h. des Verhältnisses zwischen Lebenswunsch und gegebener Verwirklichungsmöglichkeit, aber nicht Besserung der Lebenshaltung eines einzelnen oder einzelner Gruppen, sondern Besserung der Lebenshaltung des Gesamtvolkes. Wir wollen eine Wirtschaft des Überflusses organisieren und nicht eine des Mangels.

### c) Die Verwirklichung des politischen Ziels.

"Und dies sind die Prinzipien der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik:

1. Recht auf Arbeit und privates Eigentum.

2. Das Leistungsprinzip.

"Das Schaffen ist unter das Leistungsprinzip gestellt. Das hat eine doppelte Bedeutung: Einmal soll jeder Schaffende auch als Empfangender an dem Ergebnis des Produktionsprozesses teilnehmen, und zwar in dem vollen Umfang, in dem die von ihm herrührende Leistung in das Gesamtergebnis eingegangen ist.

Das Leistungsprinzip schliesst ferner die Forderung in sich, dass dasjenige Ergebnis der Arbeit des einzelnen Schaffenden, das unter den wirtschaftlich günstigsten Bedingungen erstellt wird, d.h. die beste Leistung, unverkürzt dem Volksganzen zugute kommt.

## 3. Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

A'. Der Erwerbssinn ist Triebfeder des Fortschritts.

"Wir wissen, dass der Erwerbssinn und die von ihm ausgehende verantwortungsfreudige Initiative stets Triebfeder wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts sind.

B'. Der Gemeinnutz ist die Grenze  
des Erwerbsinteresses.

"Das Prinzip vom Primat des Gemeinnutzes bedeutet aber auch, dass die Zulässigkeit des Erwerbsinteresses seine Grenzen da findet, wo es auf volkswirtschaftlich berechnete Interessen anderer Leistender stösst und so mit den Interessen der Gesamtwirtschaft in Konflikt zu geraten droht. Wo diese Grenzen liegen, sagt dem einzelnen unzweideutig hier die Ethik, dort der staatliche Befehl.

III. Der staatliche Befehl = die Wirtschaftsordnung.

a) Das dynamische Prinzip.

"Die Wirtschaftsordnung, die der Staat der gewerblichen Wirtschaft gegeben hat, legt das dynamische Prinzip zu Grunde, d.h. sie erwartet die Anpassung der Wirtschaft an die ständig wechselnden Lagen und Anforderungen sowie die wirtschaftliche Fortentwicklung.

b) Recht und Pflicht.

"Das aber war die Schuld und das Schicksal der Vergangenheit, dass die Wirtschaft die ihr gewährte Freiheit nur als Recht gelten lassen und weder Leisten als Pflicht noch Wettbewerb als Leistungswettbewerb begreifen wollte, und Schuld und Schicksal eines schwachen Staates war es gleichzeitig, die zugrundeliegende Rechtsidee durch seine opportunistische Haltung relativiert zu haben.

c) Ordnung auf den Märkten.

"Der Fall, dass ein Markt sich dem Ordnungsprinzip des Leistungswettbewerbs (mit seiner Tendenz zur Anspannung aller Kräfte, zur Verhinderung von Machtbildungen, zur Förderung des Fortschritts) versagt, findet den Staat nicht unvorbereitet. Wo die Ausgleichstendenzen des Leistungswettbewerbs, die Ausrichtung der individuellen Entscheidungsfreiheit und des Strebens nach Gewinn auf das Gesamtwohl fehlen, werden sie entweder wieder wirksam gemacht oder aber dieser Markt wird unter ein anderes Ordnungsprinzip gestellt werden müssen.

IV. Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft  
= das Führungsinstrument des Staates.

a) Der Aufgabenkreis der Organisation der gewerblichen Wirtschaft.

1. Förderung des Einzelbetriebes.

"Ich brauche ja nur auf die Ausgestaltung des

Betriebsvergleichs und die Sicherung der für die Vergleichbarkeit erforderlichen einheitlichen Erfassung der Betriebsdaten, auf die Erziehung zur Verwendung neuer Werkstoffe, die Umschulung auf ihre Verwendung und die Behebung der damit zusammenhängenden Nöte, auf die Förderungen der Normung und die Vereinheitlichung der Gütevorschriften hinzuweisen.

## 2. Als Arm des Staates.

"Noch wichtiger vom staatlichen Standpunkt aus war aber die Bereitwilligkeit und der Erfolg, mit der sich die Organisation der Wirtschaft der Behandlung der Rohstoffnöte und der Förderung des Exports angenommen hat.

### b) Warnungen.

"Aber die Organisation der Wirtschaft sollte bei ihrem Tätigwerden auch das Arbeitsgebiet nicht wesentlich überschreiten. Die Übernahme insbesondere kartellähnlicher Aufgaben kann ihre Stellung nur schwächen, denn sie müssen ihnen wesensfremd sein und sie über kurz oder lang in einen Gegensatz zur staatlichen Wirtschaftspolitik bringen.

## D. Die konkrete nationalsozialistische Wirtschaft.

### I. Die Freiheit der Wirtschaft nach Aussen.

#### a) Vorwürfe.

"Sie weisen darauf hin: Dass die Dispositionsfreiheit des Unternehmers auf den Gebieten der Warenbeschaffung durch das System der Überwachungsstellen und anderer Regelungen in Fesseln gelegt sei, dass die Verwendung der Arbeitskraft Beschränkungen der verschiedensten Art unterliegt, dass Lohnplafond und Preisstop ein bei freier Wirtschaft unmögliches Preisniveau erzwingen, und Sie werden mir entgegenhalten, dass sich im Schatten dieses staatlichen Vorgehens, das Sie Zwangswirtschaft nennen, unter den Augen desselben Staates das vollzieht, was er gerade verhindern will, nämlich ein Überwuchern der individuellen Initiative, die Beeinträchtigung einer nach dem Nominaleinkommen möglichen Lebenshaltung durch steigende Abgaben und monopolisierte Preise ; ein noch Grösserwerden der Grossen und ein Sterben oder Schlafengehen unter den Kleinen und mittleren selbständigen Existenzen.

#### b) Tatsachen.

##### 1. Der Staat in der Wirtschaft.

Er braucht  $\frac{1}{2}$  des Volkseinkommens und lenkt überdies von ihm zwei Drittel durch seine Hände.

## 2. Ausdehnung der Kartelle.

"Es ist auch richtig, dass die Einrichtungen, deren sich die private Wirtschaft bedient, um sich eine Monopolstellung und den damit verbundenen Nutzen zu sichern, eine starke Ausweitung erfahren haben.

## 3. Die öffentliche Verwaltung.

"Es ist schliesslich auch unbestreitbar, dass die Zahl der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung, auch wenn man von Wehrmacht und RAD absieht, sich seit 1933 erhöht, die Zahl der selbständigen Erwerbspersonen sich seitdem dagegen voraussichtlich weiter vermindert hat.

c) Diese Entwicklung ist nicht repräsentativ für die Zukunft.

### 1. Entwicklung in anderen Ländern.

"Auch ist es nicht nur Deutschland, wo für die Wirtschaft das Wort von der "Freiheit vom Staat" nicht mehr gilt und wo sie führenden, lenkenden und verwaltenden Eingriffen des Staates ausgesetzt ist. Die parlamentarischen Staaten kommen praktisch zu dem gleichen Ergebnis, aber die Regierungen lassen sich dort erst demokratisch ermächtigen, im Sinne einer geordneten Wirtschaft Massnahmen zu treffen. Ihre Eingriffe sehen aber zum mindesten inhaltlich den unsrigen so ähnlich wie ein Ei dem andern.

### 2. Diese Freiheitsbeschränkungen nur Ausfluss wirtschaftlicher Führungsmassnahmen.

"Sind diese Freiheitsbeschränkungen aber nur Ausfluss wirtschaftlicher Führungsmassnahmen (durch die Wirtschaftskrise seien alle Länder auf den Gedanken gekommen die im eigenen Land sich bietende Arbeitsmöglichkeit dem eigenen Volk zu sichern, das eigene Land aber gegen die Arbeit anderer Völker ~~hermetisch~~ abzuschliessen) so können und müssen die der Freiheit gesetzten Schranken fallen, wenn diese Tatsachen und daher auch die Politik sich ändern würden, und zwar auch dann, wenn man an eine Wiederkehr des früheren vorwiegend weltwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystems nicht glaubt, sondern an den Primat der nationalen Wirtschaft vor der Weltwirtschaft.

d) Die Freiheit nach Aussen ist erreicht.

"Dies Ziel musste schwer erkämpft werden, unter anderem damit, dass wir der Wirtschaft bei aller Kenntnis um die Kehrseite der Medaille stärkste Einschränkung ihrer wirtschaftlichen Handlungsfreiheit auferlegen mussten.

## II. Die Freiheit im Innern.

### a) Der Beitrag des Staates.

#### 1. Steuer und echtes Unternehmertum.

"Die kleinen und mittleren Selbständigkeiten sind es, von denen erfahrungsgemäss neue Impulse und echte Führerinitiative für die Wirtschaft ausgehen. Wir müssen uns (aber) klar darüber sein, dass der Wasserspiegel dieses Jungborns im Sinken begriffen ist. Es sind die Väter, auf die diese Entwicklung zurückgeht, die auf die Dauer Störungen im geistigen Haushalt der Nation entstehen lässt. Aber auch bei diesen Vätern liegt der Knüppel beim Hunde. Es ist unzweifelhaft, dass die Ausbildung für beamtete Stellen mit ihren früheren Verdienstmöglichkeiten vor allem im unteren und mittleren Dienst eine geringere Kostenbelastung für die Eltern mit sich bringt als die Vorbereitung für einen selbständigen Beruf. Der Gedanke, diesem Notstand durch steuerliche Hilfe abzuhelpen, ist unzweifelhaft richtig. Wenn bisher ein ausreichender Erfolg nicht erzielt wurde, so werden andere Wege beschritten werden müssen.

#### 2. Das Recht als Ordnungsmittel.

"Man muss von ihm verlangen, dass seine Rechtssätze der wirtschaftlichen Zielsetzung entsprechen, dass es die Menschen im Sinne der wirtschaftspolitischen Zielsetzung reagieren lässt und dass das gesetzte Recht allen verständlich ist.

#### 3. Sitte und Anstand.

"Leider muss man die Beobachtung, dass der Mensch das eigene natürliche Empfinden für Sitte und Anstand als Richtschnur seines Handelns aufgibt, häufig machen, wenn ein anonymes Etwas, wie sein Verband, ihm das wirtschaftliche, moralische oder rechtliche Einstehe müssen für Handlungen abnimmt, die er im Rahmen seines Einzelunternehmens tätigt.

#### 4. Die Spielregeln des Wettbewerbs.

"Wettbewerb ist richtig verstanden ein Kampf; aber nicht ein Kampf der Beteiligten gegeneinander, sondern ein Kampf zwischen oder besser ein Messen von in gleicher Richtung nebeneinander eingesetzten Kräften mit einem ausserhalb des Kampfzweckes liegenden Ziele, eine sportliche Ausleseveranstaltung, bei der der Verbraucher Schiedsrichter darüber ist, welche Leistung ihm als die wertvollste erscheint.

### b) Kartelle.

"Ich kann Sie versichern: Privatrechtliche Marktregelungen sind weder etwas gottgewolltes noch haben sie einen Ewigkeitwert. Die Forderung ist berechtigt und dringend, dass die Flucht der Wirtschaft aus dem Leistungswettbewerb und der Verantwortung ein Ende nimmt.

Wer den echten Leistungs -

wettbewerb nicht besteht, behält zwar sein Recht auf Arbeit, aber er hat kein Recht auf eine Selbständigkeit, die er besass, die er aber an den besseren Mann verloren hat.

### III. Sozialisierte Wirtschaft und freie Wirtschaft.

"Es gibt als Dogma weder eine sozialisierte Wirtschaft noch gibt es eine freie Wirtschaft, sondern es gibt nur eine verpflichtete Volkswirtschaft, d.h. eine Wirtschaft, der im gesamten die Aufgabe zukommt, einem Volk die höchsten und besten Lebensbedingungen zu verschaffen. Insofern sie dieser Aufgabe ohne jede Lenkung von oben, aus dem freien Spiel der Kräfte heraus gerecht wird, ist es gut und vor allem für eine Staatsführung sehr angenehm; soweit sie auf irgend einem Gebiet der ihr zukommenden Aufgabe als freie Wirtschaft nicht folgen kann, hat die Führung der Volksgemeinschaft die Pflicht, der Wirtschaft jene Anweisungen zu geben, die im Interesse der Erhaltung der Gesamtheit notwendig sind. Der Führer: Reichsparteitag 7.9.1937."

### Landwirtschaftliche Ertragssteigerung.

Ein besonders anschauliches Bild von den Anstrengungen, die Deutschland für seine Eigenversorgung macht, gibt der landwirtschaftliche Wirtschaftssektor. Wenn auch gerade auf diesem sehr wichtigen Gebiet der deutschen Volkswirtschaft die sonst geltenden Rentabilitätsmaßstäbe keine Anwendung finden können, so werden doch die rein sachlichen Zahlen dieses Aufsatzes nicht ohne Wert sein.

Zunächst betrachten wir die Entwicklung der industriellen Produktion, dann die der Agrarpreisbewegungen. Auf den gewonnenen Ergebnissen aufbauend stellen wir dann unter Berücksichtigung der Bewegungen der landwirtschaftlich genutzten Flächen und der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen das Ergebnis fest. Es sei vorweggenommen:

Trotz Abnahme der bebauten Bodenf lä c h e und trotz Abnahme der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen ist es gelungen, die Landwirtschaftliche Produktion nicht etwa nur wertmäßig, sondern auch mengenmäßig zu steigern.

#### Produktion.

Scheiden wir zunächst die Periode von 1880 bis zum Weltkrieg von der Periode nach dem Weltkrieg bis 1932/33. Im Durchschnitt der Jahre 1880/89 hat sich die deutsche Agrarproduktion im ersten Zeitraum etwa verdoppelt. In der Periode nach dem Kriege zeigt die Erzeugungskurve einen dauernden Anstieg bis zu dem Kriseneinbruch, aus dem sie sich bis heute wieder erholt hat.

Im Gefolge der neuen Preispolitik (bewusste Gleichhaltung der Verbraucherpreise (siehe sonst auch die Lohnstabilisierung) hat die Erzeugung allerdings den Wert der Produktion von 1928/29 (Spitze nach dem Krieg) noch nicht erreicht.

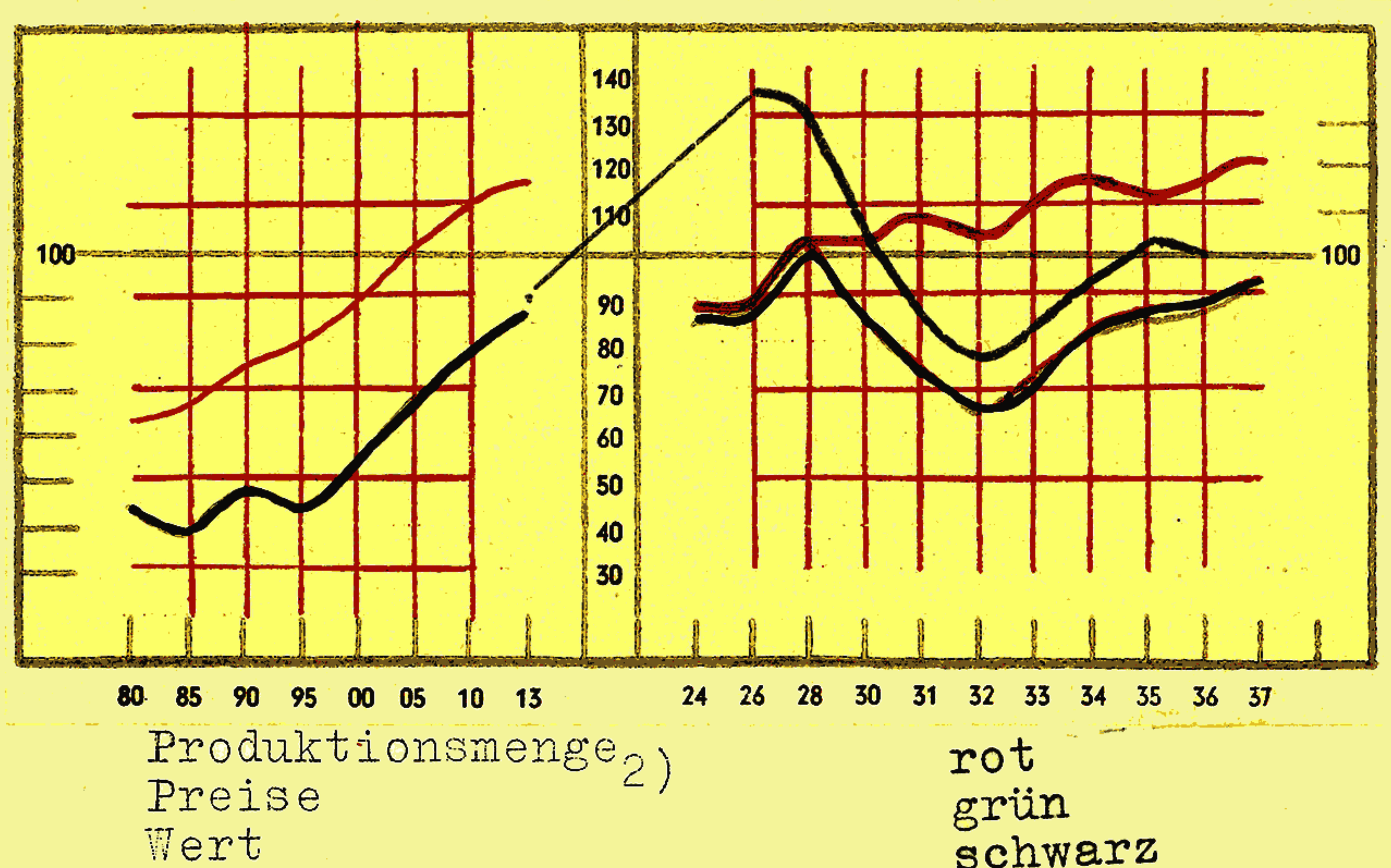
Siehe hierzu Bild 1 ; die schwarze Kurve stellt die mengenmäßige Entwicklung der deutschen Agrarproduktion dar.



Agrarpreise.

Da die Agrarpreise für die Höhe der landwirtschaftlichen Produktion von ausschlaggebender Bedeutung sind, seien kurz ihre wichtigsten Entwicklungsphasen gekennzeichnet.

Von 1880 an bewegt sich die Preislinie aus einem als günstig bezeichneten Stand nach unten, bis im Jahre 1896 unter den Fittichen der neuen deutschen Schutzzollpolitik die Agrarpreise sich wieder erholen konnten. Im einzelnen weist das Bild bis 1913 die Besonderheit auf, dass die Preise für Fleisch besonders begünstigt waren, sich dagegen die Preise für pflanzliche Produkte, vorab die für Getreide, nur in geringem Umfang der "Tendenz nach oben" anschliessen konnten (Konkurrenz überseeischen Getreides!).<sup>1)</sup>

Die Entwicklung der deutschen Agrarproduktion.

Nach der Stabilisierung der Reichsmark im Winter 1923/24 spielten sich die Agrarpreise auf einen Stand ein, der etwa 1/3 über dem der Vorkriegszeit lag. Im Gegensatz zu jener Zeit ist jedoch von da ab das Verhältnis der Fleischpreise zu den Preisen für pflanzliche Produkte genau umgekehrt. Heute liegt der Agrarpreisindex wieder fast auf dem Stand von 1909/13.

1) Die Angaben über die Preisentwicklung der Vorkriegszeit sind ohne Kontrolle aus dem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung September 1938 entnommen.

2) In dem Kurvenbild liegen der Preiskurve (ab 1926/27) Zahlen des Stat. Jahrbuches für das deutsche Reich zugrunde.

Die Wertbewegungen.

Der Gesamtwert der Agrarproduktion liegt nun heute etwa ebenso hoch wie in den letzten zwei Vorkriegsjahren. Dies trotz der Gebietsverluste durch den Verseiller Vertrag (Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche = 14%) und trotz Verminderung der Viehbestände. Die Spanne zwischen 1913 und 1924/25 beträgt wertmässig 4%, mengenmässig dagegen 23 %. Seit 1924 kann aber wieder eine stete Aufwärtsentwicklung auch des Wertes der landwirtschaftlichen Produktion festgestellt werden.

Tab. 1

Die Entwicklung der deutschen Agrarproduktion<sup>1</sup>

Jahr.	Werte <sup>2</sup>	Mengen <sup>3</sup>	Jahr	Werte <sup>1</sup>	Mengen <sup>2</sup>
1880	43	63	1924/25	84	88
1885	37	67	1926/27	89	88
1890	48	74	1928/29	104	102
1895	44	81	1930/31	86	105
1900	53	90	1931/32	75	108
1905	68	102	1932/33	65	104
1910	78	110	1933/34	73	110
1913	87	114	1934/35	83	115
			1935/36	86	110
			1936/37	88	113
			1937/38	93	117

- 1) Die Indices sind ebenfalls auf der Basis 1927/28 - 28/29 errechnet.
- 2) Auf Grund von Erzeugerpreisen berechnet.
- 3) Wertvolumen auf Grund der Durchschnittspreise von 1927/28 - 1928/29.

Die Leistungssteigerung.

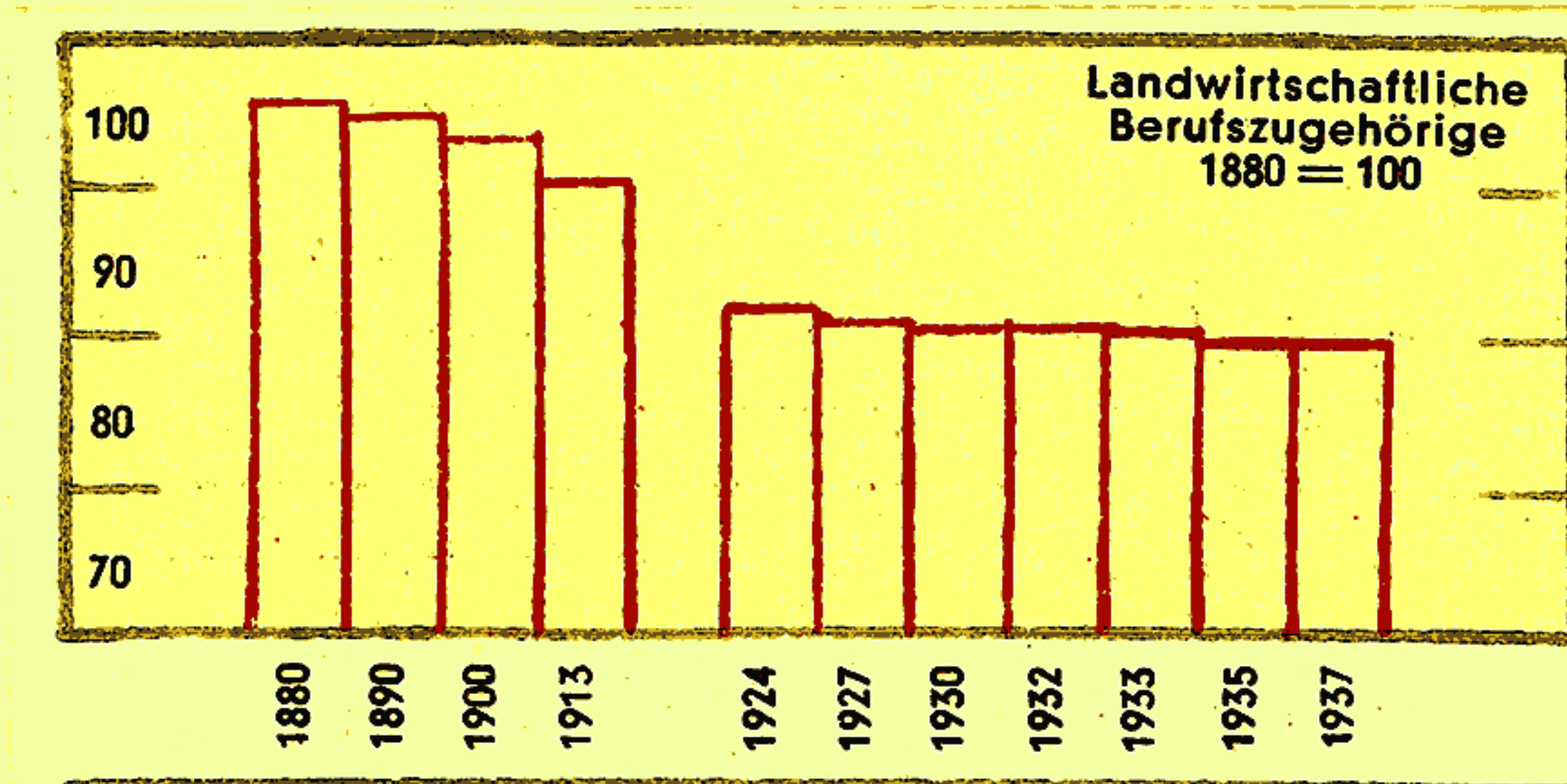
Wie war diese Entwicklung möglich ? Stellen wir zuvor noch einige andere Tatsachen in Rechnung. Nebenher gingen:

- 1.) ein ständiges Absinken der Zahl der in der Landwirtschaft erwerbstätigen Personen und
- 2.) eine Schrumpfung der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Damit wurde die Anpassung der heimischen Lebensmittel-erzeugung an den (Bevölkerungszunahme!) dauernd steigenden Bedarf erschwert.

Vergleichen wir also: die Zunahme des gesamten Produktionsvolumens mit der Zahl der landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche und der Zahl der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen.

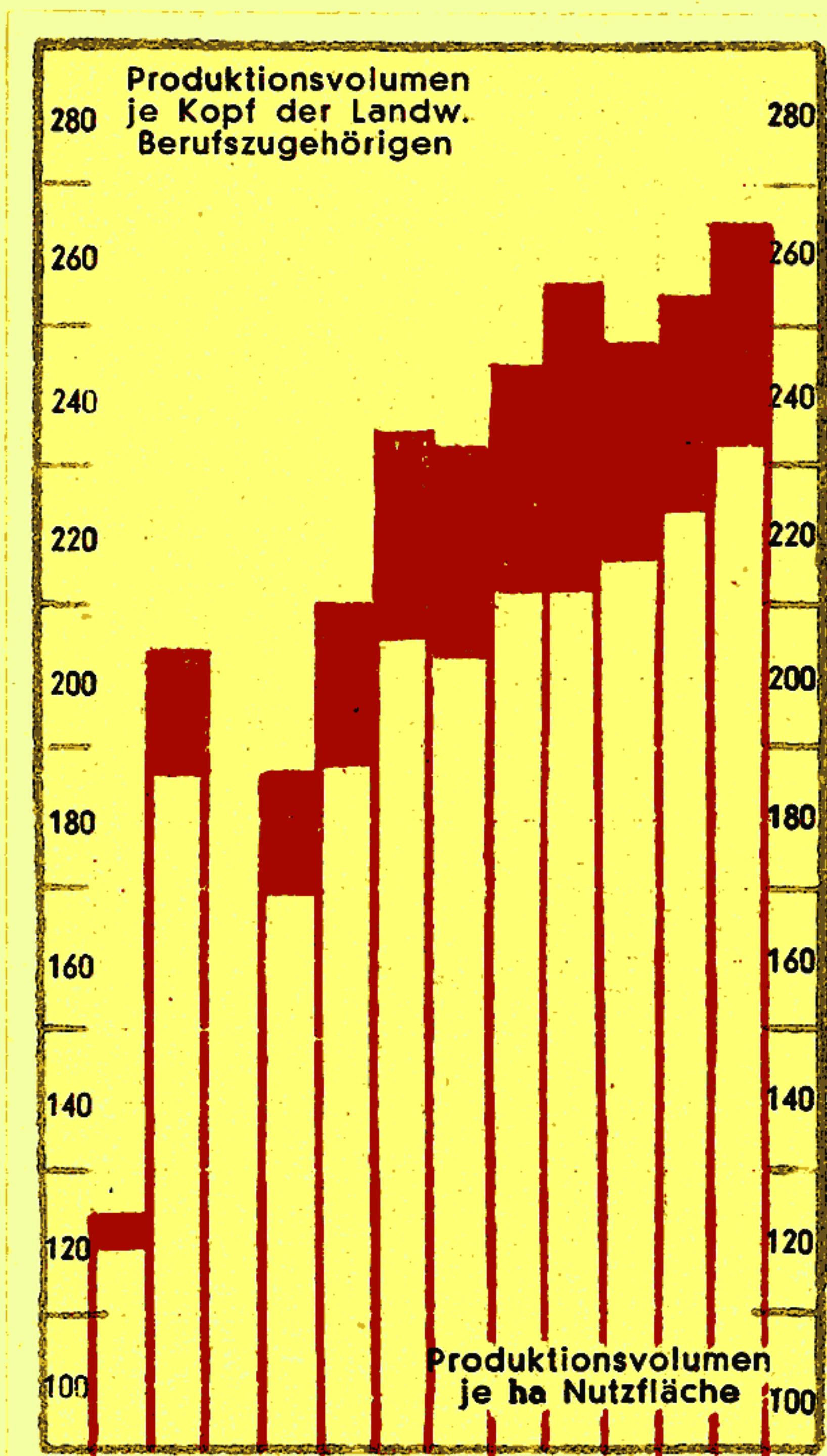
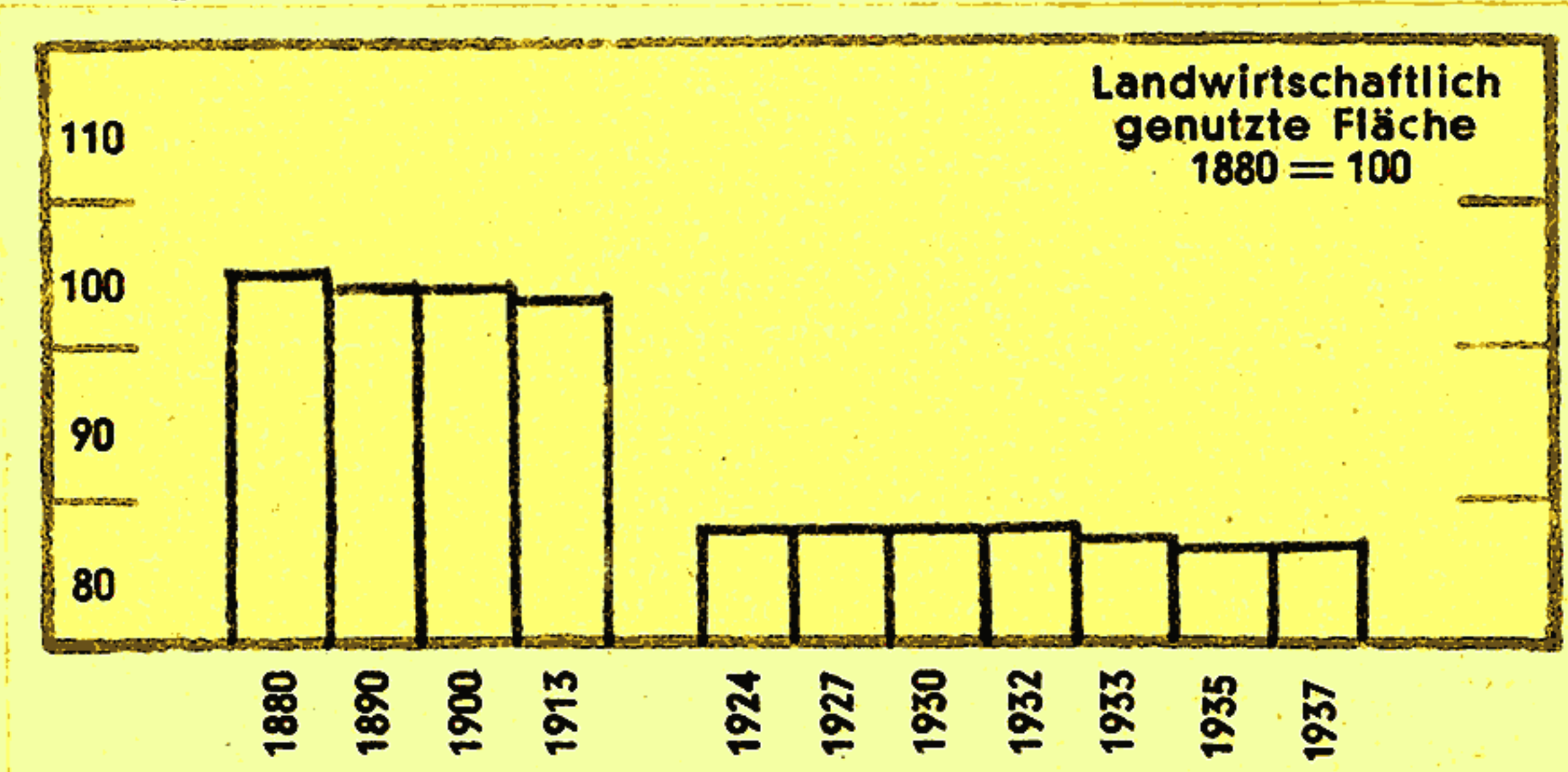
1. Die gewaltige Steigerung der Agrarproduktion je Kopf der landwirtschaftlichen Berufstätigen ist durch viele Massnahmen ermöglicht worden :

arbeitssparende Maschinen, Kunstdünger, Gebäudemodernisierung, bessere Bewirtschaftungsmethoden, zweckmässigere Fruchtfolgen. Wenn die Erzeugung pro Kopf um 106%, das Produktionsvolumen jedoch nur um 87% zugenommen hat, so ist dies wohl der schlagendste Beweis für die äusserste Anstrengung und die nur schwer zu überwindende Begrenztheit unseres heimischen Bodens. (s.Tab.2 im Anhang S.20)



2. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Vergleich der landwirtschaftlich genutzten Fläche mit dem Produktionsvolumen. Der Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist zurückzuführen auf:

Gebietsabtretung, Abgabe an andere Verwendungen (seit 1933 besonders an: Reichsautobahn, Sportplätze, Kanäle, Wohnbauten, Truppenübungsplätze) (zus: ca. 300 000 ha.)



Das Ergebnis:

Es ist der Landwirtschaft in den letzten 50 - 60 Jahren trotz Verminderung der landwirtschaftlich genutzten Fläche, trotz Abnahme der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte und trotz Verdoppelung der Zahl der städtischen Verbraucher gelungen, die Erzeugung so zu steigern, dass der Grad der Selbstversorgung mit Lebensmitteln nur wenig gesunken ist.

Tab. 4

Entwicklung unserer Selbstversorgung mit Lebensmitteln (Anteil der Inlandsversorgung am Gesamtverbrauch von Nahrungsmitteln in %).

Jahr		Jahr	
1880	95	1928	71
1900	87	30	77
1909/13	80	32	75
1924	75	34	80
1926	66	36	81
		37	82

Bereitstellung von Kapital.

Streng zu trennen sind hier zwei Seiten eines Vorganges: Art der Kapitaleinführung und die Tatsache der Kapitalzuführung an sich. Unwiderruflich sind die Fehler in den Aufschwungjahren nach der Inflation, die ihren Ausdruck gefunden haben in zu hohem Zinsfuß, ihre Auswirkung in einer untragbaren Insolvenzkurve. Beides allerdings zurückzuführen auf denselben falschen Einsatz von Krediten wie in der Industrie (und auch den Gemeinden): kurzfristige Auslandskredite finden Verwendung in langfristigen Anlagen. Die Tatsache allerdings der Kapitalzuführung an sich ist durch den Erfolg der Produktionssteigerung vollauf gerechtfertigt. Eine weitere Kapitalsteigerung wird auch künftighin noch ausserordentliche Erfolge zeitigen können. Dieser Auffassung folgt auch der Reichsnährstand, der für das folgende Jahr die Einführung durchgreifender Motorisierung der Landwirtschaft auf sein Programm gesetzt hat.

Tab. 2

Die mengenmässige Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung je Kopf der landwirtsch. Berufszugehörigen.

1880 = 100

Jahr	Produktions- Volumen	Landwirtsch. Berufszugeh.	Prod. Volumen je Kopf der landw. Berufszugehörigen
um 1880	100	100	100
um 1890	118	89	121
um 1900	144	95	152
1913	182	90	202
1924	140	76	185
1927	155	74	210
1930	168	72	232
1932	166	72	231
1934	182	71	258
1936	180	70	256
1937	187	70	266

Tab. 3

Die mengenmässige Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung je ha der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

1880 = 100

Jahr	Produktions- Volumen	landwirtsch. Nutzfläche	Produktions- Volumen je ha Nutzfläche
um 1880	100	100	100
um 1890	118	99	120
um 1900	144	99	146
1913	182	98	186
1924	140	83	169
1927	155	83	188
1930	168	83	203
1932	166	83	201
1934	182	82	212
1936	180	81	223
1937	187	81	232

## Der deutsche Wohnungsbau 1938.

Zu dem Aufsatz, den uns Herr Bauamtman Dittes zur Verfügung gestellt hat, sollen hier einige Vorbemerkungen zur allgemeinen Lage des Deutschen Wohnungsbaumarktes gemacht werden. Der Leser soll so in der Lage sein, das allgemeine deutsche Bild mit dem, das sich in Freiburg bietet, zu vergleichen.

### Umfang.

Während des 1. Halbjahres 1938 wurden 196 310 Baugenehmigungen erteilt, d.s. 14 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Zurückgestellt werden mussten infolge Einführung der Eisenbewirtschaftung und der Ausrichtung des Arbeits- und Materialeinsatzes auf staatspolitisch besonders notwendige Bauten die Erstellung von Wohnungen mit höheren Mieten und besonders Villen.

### Die Wohnungsversorgung.

Die Wohnungsversorgung konnte so unberührt von den bekannten Einschränkungen durchgeführt werden. Der Zugang an bezugsfertigen Wohnungen war mit rd. 12 000 sogar höher als 1936. Die Eisenbewirtschaftung spielte sich überraschend gut ein. Dabei kann festgestellt werden, dass die ländlichen Gemeinden unter der allgemeinen Einschränkung weniger zu leiden haben als die grösseren Städte.

### Vierjahresplan und Neubedarf.

Nun steigt aber in Durchführung des Vierjahresplanes und des Umbaus deutscher Großstädte der Wohnungsbedarf wieder stark an. Eine wichtige Stellung nimmt folgerichtig die im vergangenen Jahr stark erweiterte öffentliche Hilfe für den sozialen Wohnstättenbau ein (Erhöhung der Reichsdarlehen, Senkung der Zinsen usw.). Zusätzlich hat sich auch die Deutsche Arbeitsfront für die Wohnungsbeschaffung eingesetzt.

Der Erfolg ist der, dass bis jetzt (1. Halbjahr

1938) rd. 23 000 Wohnungen mehr als 1937 (1. Halbjahr) genehmigt sind.

Tab. 1

Wohnungsbau im Reich nach Gemeindegrößenklassen.

Gemeinden mit . . . Einwohnern	Bauerlaubnisse (jeweils 1. Halbjahr)		Bauvollendungen	
	1937	1938	1937	1938
bis 2000	38944	45105	15241	17426
bis 10000	35920	39665	19014	18917
bis 50000	34037	35477	21887	24156
bis 100000	10171	11227	8788	6967
<u>100000 u. mehr</u>	<u>53768</u>	<u>64836</u>	<u>54953</u>	<u>44944</u>
Jnsgesamt	172840	196310	119883	112410

Für das gesamte Jahr kann schätzungsweise mit der Fertigstellung von rd. 300 000 Wohnungen gerechnet werden. Nun sind aber die Folgen des ausserordentlichen und starken Abzuges von Arbeitskräften aus der Bauwirtschaft an die Westbefestigungen bei der Schätzung dieser Zahl noch nicht eingesetzt.

Die Zusammensetzung des Bauumfanges.

1). Merkmal für 1938: Weitere Verlagerung zum Arbeiterwohnstättenbau (vor allem in den neuen grossen Industriewerken in Fallersleben und im Salzgittergebiet etc.) Erreicht durch Einsatz der verfügbaren Arbeitskräfte und Materialien für den staatspolitisch vordringlichen sozialen Wohnstättenbau (Vierjahresplansiedlungen, Kleinsiedlungen, Volkswohnungen, Landarbeiterwohnungen etc.)

2). Besonderheiten: a) Abnahme der Umbautätigkeit. Von Januar bis Juli betrug der Anteil der Umbauten am Wohnungsbau nur 10% gegen 12% im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

b) Die Bautätigkeit in den Städten,

die zwischen der Landgemeindenklasse und der Grössenklasse "Städte über 500 000" liegen, nahm prozentual ab.

Tab. 2

Grössenklasse.		1. Halbjahr	
		1937	1938
bis	2000	12.7	15.5
bis	10000	15.9	16.8
bis	50000	18.3	21.5
bis	100000	7.3	6.2
bis	500000	22.9	19.6
über	500000	22.9	20.4
		100.0	100.0

c) Die Verlagerung zum Arbeiterwohnstättenbau bringt es mit sich, dass unter den Bauherren die gemeinnützigen Unternehmen eine grössere Rolle spielen als bisher.

d) Der Bau von Kleinwohnungen nahm weiter erheblich zu.

Tab. 3

Zeit	Bauherren			mit Wohnräumen		
	privaten	gemein- nütz.	öffentl.	1 - 3	4 - 6	7 u. mehr
1935	67,9	25,7	6,4	39,6	54,5	5,9
1936	61,4	35,3	3,3	44,0	51,9	4,1
1937	58,4	38,3	3,3	49,6	46,6	3,8
1937 1.Hj.	61,7	34,4	3,9	50,0	46,3	3,7
1938 1. "	54,6	41,3	4,1	58,3	39,3	2,4



## Die deutsche Rohstoffproduktion.

Zu den Hauptaufgaben des Zweiten Vierjahresplanes gehört bekanntlich die erhöhte Bereitstellung eigenerzeugter Rohstoffe. Die Erfahrungen der Krisenjahre liessen in vielen Ländern den Gedanken aufkommen, dass nur eine staatlich gelenkte, von den Konjunkturschwankungen der Weltwirtschaft losgelöste nationale Wirtschaft die mannigfachen wirtschaftlichen Gefahrenherde beseitigen könne.

Hinzu kommt für Deutschland noch der Wille zur politischen Selbständigkeit, die nicht unter dem Druck internationaler Wirtschaftsrechte leiden darf. . . . Einer der schwächsten Teile der deutschen nationalen Wirtschaft ist nun der starke Rohstoffmangel, der zwei Folgen gezeitigt hat:

1. Deutschland baute in einer Zeit günstiger Weltmarktlage eine fast ausschliesslich auf Veredelung ausgerichtete Industrie auf. Deutschland wurde **V e r a r b e i t u n g s l a n d**. Seine Rohstoff b a s i s ist aber : das **A u s l a n d**.

2. Dies bedeutet aber stärkste **V e r f l e c h t u n g** in die **W e l t w i r t s c h a f t**. Und das in ungünstigster Weise: a) Abhängigkeit von der jeweiligen Rohstoffbasis. b) Abhängigkeit von der ausländischen Nachfrage. c) Durch diese beiden Abhängigkeiten aber noch die vom ausländischen Kapital, den internationalen Finanzmächten und ihren Spekulationen.

Wir geben nun in den folgenden Abschnitten die Antwort auf die Frage: **Wie steht es mit unserer Selbstversorgung mit Rohstoffen für die gewerbliche Wirtschaft ?** Wir wählen als Ausgangsjahr das Jahr 1937.

### Einteilung.

Der Begriff Rohstoff wird in sehr verschiedenen Sinne gebraucht. Ihrem Zweck entsprechend können wir die Rohstoffe in drei Arten gruppieren:

1. **P r i m ä r e R o h s t o f f e** : Sie werden in einem Arbeitsgang aus natürlichen Quellen gewonnen und

erzeugt. Man kann sie noch unterteilen nach ihrer Herkunft, in bergbauliche und agrarisch-forstwirtschaftliche.

2. S e k u n d ä r e R o h s t o f f e: Diese haben zwar schon meist einen zweiten und dritten Arbeitsgang hinter sich, dienen aber als Ausgangspunkt wichtiger Verarbeitungsvorgänge (Zement, Mineralöl, Zellstoff).

3. A l t s t o f f e: Regenerierfähige Abfälle und Altmaterialien.

### Erfassung.

Bei der Feststellung des Rohstoffverbrauchs einer e i n z e l n e n Industrie genügt meist ein M e n g e n v e r g l e i c h . In der Leinenindustrie etwa wird zu 999 ‰ nur Leinen verwandt, sodass ein anderer Rohstoff nicht ins Gewicht fällt. Anders aber bei der Feststellung des G e s a m t r o h s t o f f v e r b r a u c h s einer Industriebranche oder der gesamten Wirtschaft.

Stellen wir uns ganz anschaulich den Rohstoffverbrauch in einem **Höchofen** vor: Es werden da neben verschiedenen Erzen auch Kohle, Kalk und wenige nebensächliche Rohstoffe eingesetzt. Nehmen wir an, es handle sich also um insgesamt drei Rohstoffe: Erz, Kohle, Kalk.

Nun weiss jeder, dass diese einzelnen Güter in verschiedenen Mengen zum Einsatz kommen. Es weiss aber auch jeder, dass sie verschiedene Preise haben, die die Kostenstruktur des betreffenden Betriebes beeinflussen. Rechnen wir! Die Mengen betragen (willkürliche Annahme): Erz 10 000 t, Kohle 15 000 t, Kalk 5 000 t. Nun ist es wohl jedem Einsichtigen klar, dass man nicht einfach sagen kann, der Rohstoffverbrauch beträgt 30 000 t (10 000 + 15 000 + 5 000). Wir müssten uns doch fragen: "Was?" Die Antwort kann wohl nicht lauten 30 000 t Erz - Kohle - Kalk - Gemisch! Wenn wir nun auch noch die verschiedenen Qualitäten berücksichtigen, die verschiedenen Preise, die den Ort des besten wirtschaftlichen Einsatzes in der Gesamtwirtschaft bestimmen, so müssen wir dieser Wirklichkeit des verschiedenen Wertes der Güter Rechnung tragen.

Dies geschieht dadurch, dass die Mengen mit ihren Preisen multipliziert oder aber mit den Preisver-

haltniszahlen gewichtet werden. Sagen wir : Erz koste die Tonne 1000 Mark, Kohle die Tonne 500 Mark und Kalk die Tonne 100 Mark. Dann verhalten sich die Preise wie : 10 : 5 : 1 . Nehmen wir der Rechnungseinfachheit halber an, die verwendeten Mengen an Kohle, Erz, Kalk seien gleich gross: Je 1000 Tonnen. Dann wäre der Rohstoffverbrauch richtig gewogen:

	Menge		Preisverhältnis-	
			ziffer	
Erz	1000	x	10	
Kohle	1000	x	5	
Kalk	1000	x	1	
<hr/>				
Summe	3000	x	16	= 48 000.

Auf diese Weise ist es uns nun auch möglich, ein Einheitsmass für die Feststellung des Gesamtrohstoffverbrauchs (bezw. -erzeugung) zu finden. Bei agrarischen Produkten ist es möglich, die Mengen nach ihrem Kaloriengehalt zu summieren. Wie wollen Sie aber Zement, Flachs, Düngemittel, Siedesalz, Kohlenbriketts, Altpapier, Mineralöle summieren ? Das geht schlechthin mit den vorhandenen Mengenmassen nicht. Wir müssen auch hier zu dem oben genannten Schema greifen und das Produkt aus Preis mal Verhaltnisziffer zum Einheitsmass wählen.

Wir sehen also, welche Schwierigkeiten bei der Feststellung eines Gesamtwertes der Rohstoffproduktion zu überwinden sind. Welche Preise sollen schon eingesetzt werden ? Wie soll man Mengen und Preise erfassen ? Für das Gelingen solcher statistischer Arbeiten ist von entscheidender Bedeutung die Genauigkeit, mit der die kleinen Behörden zu Werke gehen.

Besondere Beachtung ist aber auch den sekundären Rohstoffen zu gewähren. Sie stehen gleichberechtigt neben den primären Rohstoffen. Da in ihnen jedoch bereits solche primäre Rohstoffe enthalten sind, ist es nötig, die so bereits erfassten ( primären) Rohstoffe auszuson-

dern. Die Erfassung der gesamten Rohstoffproduktion geht dann nach folgendem Schema vor sich:

1. Wert der primären Rohstoffe	=voll einsetzen
2. Wert der sekundären Rohstoffe	=unter Abzug der darin enthaltenen primären Rohst.
<u>3. Wert der Altstoffe</u>	<u>=voll einsetzen</u>
Summe von 1 bis 3	=Wert der bereinigten Gesamtrohstoffproduktion.

### Die Rohstoffpreise.

Da ein grosser Teil der deutschen Rohstoffindustrie erst in den letzten Jahren neu errichtet ist, ergibt sich für diesen Teil der Rohstoffproduktion ein erheblicher Preisunterschied zu den sonst für die Industrie eingeführten, dem Weltmarkt angepassten Preisen. Für die Zahlen dieser Untersuchung sind nun auch für diese Industrien die üblichen Weltmarktpreise eingesetzt. Dieses Verfahren wird in der benutzten Quelle damit begründet, dass das deutsche Volk den Preisabstand bewusst als ein Opfer betrachte und hinnehme.

### Tab. 1

#### Wert der heimischen Rohstoffproduktion (1937/in Millionen Mark)

I. Primäre Rohstoffe		4235
a) industrielle	3360	
b) agrar-u. forstwirtschaftliche	875	
II. Sekundäre Rohstoffe (bereinigt)		1810
III. Abfälle und Altmaterial		<u>550</u>

Rohstoffproduktion für die gewerbliche Wirtschaft ca. 6600.

### Erläuterung zur Tabelle 1.

#### I. Primäre Rohstoffe.

a) I n d u s t r i e l l e : Stein- und Braunkohle, Eisen-, Kupfer-, Blei- und Zinkerz, Schwefelerz und sonstiges Erz, Asphalt, Graphit, Flussspat, Schwerspat, Kali, Steinsalz, Siedesalz, Erdöl, Steine und Erden (soweit nicht bei den sekundären erfasst) und Rohphosphate.

b) A g r a r w i r t s c h a f t l i c h e : Flachs, Hanf, Wolle, Federn, Pelze, sonstige Häute, Felle

Gerbstoffe, Holz - und sonstige forstwirtschaftliche Erzeugnisse, Harze.

II. Sekundäre Rohstoffe. Mineralöle, Kunstseide, Zellwolle, Buna, Kunststoffe, Steine und Erden, Kohlenbriketts, Koks, Düngemittel; Zellstoff und Holzschliff.

III. Altstoffe. Eisenschrott, Kupferschrott, Zinn- und Zinkabfälle, Lumpen, Altkautschuk, Altpapier usw.

Die Rohstoffeinfuhr

betrug 1937 etwa 3 Mrd. RM für Rohstoffe und Halbfabrikate. Es war also damals schon die heimische Rohstoffproduktion 2,2 - 2,3 mal so gross wie die Rohstoffeinfuhr.

Tab. 2.

Produktion und Einfuhr wichtiger Rohstoffe  
(1937)

	Jnlands- produkt.	Einfuhr	Anteil der Jnlandsprodukt. an der Einfuhr in %
I. Primäre Rohst.	4235	1881	225
a) industrielle	3360	714	471
b) agrarische	875	1167	75
II. Sekundäre Rohst.	1810	901	201
III. <u>Altstoffe</u>	<u>550</u>	<u>195</u>	<u>282</u>
Jnsgesamt	6595	2977	222

Besonders hervorzuheben ist bei dieser Tabelle das Verhältnis der agrarischen und industriellen Rohstoffe zueinander. Deutlich ist schon hier ersichtlich, wie sehr wir für den agrarwirtschaftlichen Sektor der gewerblichen Produktion auf die Einfuhr angewiesen sind. Ein Bild das sich in aller Schärfe abhebt bei Betrachtung der Eigenerzeugung und Einfuhr von Nahrungs- und Genussmitteln (s. auch Artikel: Landwirtschaftliche Leistungssteigerung).

Rohstoffausfuhr.

Von den in Deutschland hergestellten Rohstoffen werden besonders an Kohle, Kali, Steinen und Erden, Koks,

Stickstoffdüngemitteln, reichliche Mengen ausgeführt. Von diesen Produkten werden in Spezialqualitäten (zu besonderen Zwecken), aus fachlichen Gründen oder aus Gründen der Rücksichtnahme handelsvertraglicher Art geringe Mengen auch eingeführt. Doch ist der Überstand der Ausfuhr so gross, dass im Aussenhandel mit diesen Produkten Ausfuhrüberschüsse entstehen. Die ausgeführten Mengen fliessen nicht der heimischen Industrie zu und müssen von der Ziffer der Gesamtversorgung abgezogen werden.

Tab. 3.

Rohstoffbilanz 1937  
(in Mill. RM)

Rohstoffe	Jnl. Prod.	Einfuhr.	Ausfuhr.	Versorgung des Binnenmarktes.
Primäre	4235	1881	543	5573
a) industr.	3360	714	530	3644
b) agrar.	875	1176	13	2029
Sekundäre	1810	901	564	2147
<u>Altstoffe</u>	<u>550</u>	<u>195</u>	<u>14</u>	<u>731</u>
Zusammen	6595	2977	1121	8451

E r g e b n i s . Das heisst, dass knapp zwei Drittel des industriellen Rohstoffverbrauchs im Jahre 1937 auf einheimischen Rohstoffen basiert.

Einschränkungen des Ergebnisses.

Dieses Ergebnis gilt aber nur sehr bedingt.

- 1.) Die Quote bezieht sich auf die gesamte Industrie, aber unter Ausschluss des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes. Diese Zweige gerade haben einen sehr hohen Rohstoffverbrauch.
- 2.) Die Quote ist ein Gesamtdurchschnitt. Die einzelnen Industriezweige liegen zum Teil sehr hoch, zum Teil sehr tief über und unter diesem Durchschnitt.
- 3.) Substitutionsmöglichkeiten (= Möglichkeit den Ausfall eines Rohstoffes durch Benützung eines anderen = Ersatzrohstoffes zu ersetzen) und volkswirtschaftliche Verflechtung: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Rohstoffe für den ungestörten Gang der Erzeugung kann nicht in Rechnung gestellt werden. Es können sogar kleinste Lücken in der Versorgung grösste Wirkungen erzielen bei starker Verflechtung und geringen Ersatzmöglichkeiten (Beispiel: Gerbe und Rohhäute verhalten sich bei der Lederherstellung wie 1:6. Wenn aber keine Gerbe bereitgestellt werden kann, muss die gesamte Lederindustrie stocken.)

Berichtigung zu dem Artikel  
"Zahlen aus dem Schwei -  
zerland."

S.30 Zeile 3 und 4

statt: 4 813 000

richtig: 4 183 000

statt: 116 000

richtig: rd.78 000

S.33 Zeile 9 und 10

statt: 619 800 000 Fr.

richtig: 519 800 000 Fr.

statt: 541 000 000 Fr.

richtig: 541 400 000 Fr.

Zahlen aus dem Schweizerland.

(Statist. Jahrbuch der Schweiz 1937)

1. Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung.

Zu Anfang dieses Jahres betrug die Bevölkerung der Schweiz 4 813 000 Personen. Die Gesamtbevölkerung der Schweiz bleibt also hinter derjenigen der Stadt Berlin um 116 000 Personen zurück. Während in Deutschland 140 Menschen auf den qkm entfallen, sind es in der Schweiz 98 unter Berücksichtigung des sogenannten "produktiven Areals", d.h. der bewohnbaren Fläche sogar 127. Die Entwicklung der schweizerischen Bevölkerung ist seit dem Jahre 1921 eine rückläufige. Die Zahl der Geburten, jeweils auf 1000 Einwohner berechnet, hat im vergangenen Jahre ihren bisher tiefsten Stand erreicht.

1901	auf	1000	Einwohner	29	Lebendgeborene
1920	"	"	"	20	"
1937	"	"	"	15	"

Hierbei ist die Feststellung interessant, dass die beiden kleinsten Kantone der Schweiz, Uri und Nidwalden, die höchsten Geburtenziffern aufweisen, nämlich 22,5 bzw. 22 auf 1000 Einwohner ihres Kantons.

Bei einem Vergleich der Bevölkerungsbewegung in Deutschland und in der Schweiz entfallen auf je 1000 Einwohner in:

	Heiraten	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburten- über- schuss
Deutschland	9.1	18.8	11.7	7.1
Schweiz	7.3	15.0	11.3	3.7



2. Die Schweizer Bevölkerung nach ihrer Muttersprache nach einer Untersuchung im Jahre 1930:

Muttersprache : Deutsch	2 924 313	Personen
Französisch	831 097	"
Italienisch	242 034	"
Romanisch	44 158	"
Andere Sprachen	24 798	"

3. Anteil der Berufstätigen an den einzelnen Berufsgruppen im Jahre 1930 :

Von 1000 Berufstätigen waren beschäftigt in :

Land und Forstwirtsch.	Industrie u. Handwerk	Handel, Banken Versicherung	Gastgewerbe
217	446	98	48
Verkehr	Öffentl. Verw. u. fr. Berufen	Hauswirtsch. u. Tagelöhneri	Anstalten
44	53	72	22

4. Arbeitsmarktlage und Streiks.

Die Zahl der Stellensuchenden betrug in der Schweiz:

Jm Januar	1937	110 154	Personen
Jm Juli	1937	49 244	"
Jm Dezember	1937	87 311	"

Über die Hälfte aller Stellensuchenden entfällt auf die Berufsgruppe Baugewerbe, 7750 Stellensuchende entfallen auf die Berufsgruppe Metallindustrie.

Durch Streiks gingen der Schweizerischen Wirtschaft ungefähr 115 392 Arbeitstage verloren, allein das Schweizer Baugewerbe hat 70 649 Tage gestreikt.

5. Die Handelsbilanz der Schweiz im Jahre 1937.

Gesamteinfuhr	1807,2 Mill.Fr.
Gesamtausfuhr	1286,0 " "
<hr/>	
S a l d o	-521,2 Mill.Fr.

	Wert in Fr.
Darunter Einfuhr aus Deutschland:	402,7 Mill.Fr.
Darunter Ausfuhr nach " "	199,9 " "

Sowohl als Abnehmer, wie auch als Lieferant steht Deutschland in der Schweizerischen Handelsbilanz an erster Stelle. Deutschland ist Hauptlieferant in folgenden Waren:

Kohle, Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren, Instrumenten, Apparaten, Maschinen, Seidenstoffen, Baumwoll- und Wollgeweben, Wirkwaren, Konfektion, Chemikalien, Ton- und Glaswaren, Holzwaren, Papier und Büchern.

Im schweizerischen Export steht Deutschland mit folgenden Waren an erster Stelle:

Kunstseide, Seidenstoff, Baumwollgarn, Baumwollgewebe, Fahrzeugen, Häuten und Fellen, Anilinfarben und pharmazeutischen Produkten.

6. Die schweizerischen Kapitalgesellschaften:

Neben den Einzelhandelsgeschäften nehmen die Aktiengesellschaften einen ausserordentlichen Umfang ein. So wurden im Jahre 1937 in der Schweiz 19 071 Aktiengesellschaften mit beinahe 8 Mrd.Fr.Kapital gezählt.

Ertragslage der Aktiengesellschaften.

Berechnet wurde die Dividende aller Aktiengesellschaften mit 300 000 Fr. und mehr Aktienkapital, Bahn- und Hotelunternehmen mit 100 000 Fr. und mehr Kapital.

Die Durchschnittsdividende betrug im Jahre 1937:

in der Industrie	4,15 ‰	bei den Banken	4,16 ‰
im Handel	2,67 ‰	im Versicherungswesen	28,23 ‰
im Warenhandel	3,13 ‰	im Hotelgewerbe	0,40 ‰
		im Verkehr	0,79 ‰

#### 7. Die Finanzen des Bundes :

Verwaltungsrechnung des Bundes 1937 und Voranschlag 1938.

	Verw.Rechnung 1937	Voranschlag 1938
Einnahmen	522 067 895 Fr.	619 800 000 Fr.
Ausgaben	537 008 574 Fr.	541 000 000 Fr.
Überschuss	- 14 940 679 Fr.	- 21 600 000 Fr.

Einige Zahlen aus den Einnahmen des Bundes:

	Fr.
1. Einnahmen des Zoll- u. Finanzdepartements	417 824 266
2. " " Volkswirtschaftsdepartements	33 134 186
3. " " Post-u. Eisenbahndepartements	25 150 772

Die wichtigsten Ausgabeposten des Bundes:

1. Tilgungsdienst für Anleihen	128 401 233
2. Militärdepartement	106 292 721
3. Volkswirtschaftsdepartement	126 631 343

Bemerkenswert bei der Ausgabenrechnung des Bundes ist das sprunghafte Ansteigen der Ausgaben des Militärdepartements von rd. 97,5 Mill. Fr. im Jahre 1936 auf rd. 123,5 Mill. Fr. im Jahre 1938.

Ein Zeichen für die augenblicklichen Schwierigkeiten des schweizerischen Handels sind die bedeutenden Einnahmen- und Ausgabenverringierungen des Volkswirtschaftsdepartements.

## J n h a l t s ü b e r s i c h t .

### II F r e i b u r g

Die Bautätigkeit der Stadt Freiburg (Beitrag von Bauamtman Dittes)	34
Die Altstadtanierung im Blickpunkt des Sozialpolitikers	39
Fremdenverkehrssaison 1938 (Kreisfachgruppenleiter der Wirtschaftsgruppe Gaststätten J h r i n g e r)	47
Das Schwarzwaldreisebüro Freiburg (Der Geschäftsführer des Büros Steinbach)	51
Wohnungsgeldzuschuss und Mietaufwand bei Beamten und Angestellten der Stadt Freiburg	55
Eheschliessungen, Geburten und Sterbefälle in Freiburg im 3. Vierteljahr 1938	58
Die A-B-C-Schützen in Freiburg	60
Versorgungsbericht, Erläuterungen zu den Monaten Oktober und November	65

Übersicht über die Bautätigkeit in der Stadt Freiburg und die Auswirkungen der Massnahmen zur Durchführung des Vierjahresplanes. (Zur Verfügung gestellt von Herrn **Bauamtman**n Dittes, Stadtbaukontrolle).

Das völlige Darniederliegen der Bautätigkeit bei der Machtübernahme im Jahre 1933 veranlasste die Regierung des Dritten Reiches zu aussergewöhnlichen Massnahmen, um eine Neubelebung auf diesem Gebiet herbeizuführen. Durch die Gewährung von Steuerermässigungen durch das Reich und die Einräumung weitgehender Bauvergünstigungen durch die Stadt wurde auch in ganz kurzer Zeit eine starke Zunahme der Bautätigkeit hervorgerufen. Einige Zahlen mögen dies belegen. Es werden hierbei nur Zahlen über den reinen Wohnungsbau angeführt, ohne Rücksicht auf die öffentlichen und gewerblichen baulichen Anlagen.

Im Jahre 1932 wurden 112 Wohngebäude mit 296 Wohnungen errichtet, 1935 wurde die Höchstzahl erreicht und zwar mit 302 Wohngebäuden und 666 Wohnungen.

Tab. 1.

Bau von Wohnungen und Wohngebäuden  
in Freiburg.

Jahr.	Wohnungen	Wohngebäude
1932	296	112
33	114	67
34	449	286
35	666	302
36	560	219
37	597	221

Bauvergünstigungen und Baumarkt.

Die starke Belebung des Baumarktes gestattete schon im Jahre 1935 eine Einschränkung der Bauvergünstigungen, im Laufe des Jahres 1936 deren völlige Aufhebung, und zwar im Hinblick auf die allgemeine Lage auf dem Baumarkt, der nicht mehr genügend Facharbeiter für die im ganzen Reich im Gange befindlichen Bauarbeiten nachzuweisen vermochte. Mit dem Wegfall der Steuer- und Bauvergünstigungen hat naturgemäss auch ein Rückgang der Bautätigkeit eingesetzt. Immerhin wurden im Jahre 1936/37 noch

je rund 220 Wohngebäude mit 560 bzw. 597 Wohnungen geschaffen. Die Erfolge der behördlichen Massnahmen zur Belebung der Bautätigkeit brachten in den wenigen Jahren ein Ergebnis, das, gemessen an der durchschnittlichen Wohnungsproduktion in den letzten 5 Jahren vor dem Kriege, um 100% höher liegt als zu jener Zeit und auch die Durchschnittsleistung einer zehnjährigen Periode aus der Zeit nach dem Kriege übertrifft.

### Bauart.

Es wäre jedoch falsch, wenn man lediglich bei dem Vergleich der Gebäude- und Wohnungszahlen stehen bliebe, da ein ganz wesentlicher Unterschied in der Bauart zu verzeichnen ist, und zwar gegenüber derjenigen vor dem Weltkriege sowohl als auch nach dem Weltkriege. Die Nachkriegsjahre weisen neben dem einfachen Siedlungsreihenhaus die Massenwohnung im mehrgeschossigen Miethausblock auf, während die Vorkriegszeit weder das einfache noch das gehobene Siedlungshaus kannte und ausser einer luxuriösen Villenbauweise die Mietwohnung in mehrgeschossiger, geschlossener Bauart förderte. Der Hauptunterschied in der Bauweise besteht darin, dass in den letztvergangenen fünf Jahren der Eigenheimbau in allererster Linie gepflegt worden ist, und zwar vom einfachsten Siedlerhaus (Randsiedlung) bis zu den bestausgestatteten Eigenheimen. Der Stockwerksbau ist nur in beschränkter Masse, bei der Schliessung von Baulücken und bei der Schaffung möglichst billiger Kleinwohnungen, angewandt worden. Dies mögen auch wiederum einige Zahlen beweisen.

### Tab. 2.

Anteil der Eigenheimbauten am Bau  
von Wohngebäuden in Freiburg i.Br.

Jahr.	Wohnungsbau	Eigenheimbau	Eigenheime in v.H. der Wohngeb.
1932	112	82	73,2
33	67	56	83,5
34	286	194	67,8
35	302	174	57,6
36	219	82	37,4
37	221	62	28,1

Finanzierung.

Ausser der Gewährung von Steuerbefreiungen und Bauvergünstigungen wurden in den Jahren 1934/36 verlorene Zuschüsse und auch Darlehen für Hausinstandsetzungsarbeiten bereitgestellt. Hiervon wurde reichlich Gebrauch gemacht und besonders in der ruhigen Zeit während der Wintermonate dem Bauhandwerk Arbeitsgelegenheit gegeben. Auch diese Förderungsmassnahme konnte im Hinblick auf die günstige Lage des Gesamtarbeitsmarktes bald eingeschränkt und zum Teil ganz aufgehoben werden. Lediglich zur Beseitigung feuergefährlicher Zustände werden zur Zeit noch verlorene Zuschüsse durch die Landeskreditanstalt aus Mitteln der Gebäudeversicherungsanstalt gewährt und an unbemittelte Hauseigentümer verzinsliche Darlehen zur Beseitigung von Bauschäden gegeben. Diese Zuschüsse und Darlehen sind aber auch bereits auf die Wintermonate begrenzt worden, da während der Zeit der günstigen Witterungsverhältnisse das Bauhandwerk voll beschäftigt ist.

Vierjahresplan.

Seit Dezember 1936 wurden im Zuge des Vierjahresplanes, zur Sicherstellung der Baustoffe und Facharbeiter für die Durchführung von staats- und wirtschaftspolitischen Bauaufgaben, einschränkende Massnahmen auf dem Gebiete des Bauwesens nötig. Auf den Wohnungsbau waren diese Massnahmen im verflossenen Jahre noch nicht von Einfluss, denn es wurden noch 2 Wohnhausbauten und 37 Wohnungen mehr fertiggestellt als im Jahre 1936.

Hieraus ist auch zu schliessen, dass trotz dem Fortfall der Steuer- und Bauvergünstigungen immer noch auf privater Seite ein reges Interesse am Wohnungsbau vorhanden ist. Der Wunsch, Sachwerte zu besitzen, ist hierbei wohl mit eine treibende Kraft, die dem Baumarkt freie Mittel zuführt, was sicherlich nur als ein gesundes Zeichen zu werten ist. Im laufenden Jahre haben sich die einschränkenden Massnahmen auf dem Gebiet des Bauwesens schon wesentlich stärker bemerkbar gemacht.

Die Entwicklung 1938.

Dennoch konnten bis einschliesslich August ds.Js. 51 Wohnhausbauten mit 115 Wohnungen fertiggestellt werden. Bis Ende des Jahres kommen nach dem heutigen Stand noch etwa 75 Wohngebäude und 185 Wohnungen hinzu, so dass das Jahresergebnis 126 Wohngebäude und rd. 300 Wohnungen betragen wird. Dies entspricht immer noch dem Durchschnitt der Vorkriegszeit und liegt nicht weit unter dem der Jahre 1923 - 1932; letzterer beträgt 143 Wohngebäude und 440 Wohnungen.

Tab. 3.

## Fertige Wohngebäude 1938.

Monat.	Wohngebäude	davon Eigen- heime	Wohnungen
Januar	-	-	-
Februar	-	-	-
März	12	3	27
April	3	1	6
Mai	11	2	23
Juni	5	-	12
Juli	6	1	17
August	<u>14</u>	<u>2</u>	<u>30</u>
	51	9	115

Am Jahresende wird allerdings an unfertigen Bauten und Wohnungen ein niedrigerer Bestand zu verzeichnen sein gegenüber den verflossenen Jahren, besonders im Hinblick darauf, dass zur Zeit nur ein geringer Zugang an Neubauten vorliegt, was auf die augenblicklich vordringlichen Arbeiten an unserer Westgrenze zurückzuführen ist.

Der Baubedarf in Freiburg.

Sobald aber wiederum eine Entspannung eingetreten ist und Arbeiter und Baustoffe verfügbar werden, ebenso die Spargelder dem Hausbau zugeleitet werden können, wird erneut ein starker Auftrieb auf dem Gebiet des Wohnungsbaues einsetzen, sogar einsetzen müssen, wenn das



vorhandene Bedürfnis nach Wohnungen befriedigt werden soll. Die Heeresbauten (Kasernenanlagen) sind zu einem gewissen Abschluss gekommen, haben aber den Baumarkt in den letzten beiden Jahren wesentlich in Anspruch genommen. Öffentliche Bauten sind, abgesehen vom Klinikbau, nicht besonders zu erwähnen. Der Industriebau erstreckt sich im wesentlichen auf die Rhodiaseta - Erweiterungen -, sonstige Neuanlagen kamen nicht vor, abgesehen von den jetzt zur Stadt gehörigen Anlagen der Rohstoffgewinnung am Schönberg, die allmählich einen nicht geringen Umfang annehmen werden.

Nicht unerwähnt darf bleiben, dass auf dem eingemeindeten Gebiet St.Georgen, abgesehen von den baulichen Anlagen und der Wohnsiedlung der Rohstoffgewinnung, eine rege Bautätigkeit festzustellen ist, die aber noch in besser geordnete Bahnen gelenkt werden muss.

## Die Altstadtsanierung

im Blickpunkt des Sozialpolitikers.

### A. Das Problem der Altstadtsanierung.

- I. Im Zuge der Um- und Neugestaltung des deutschen Raumes erscheint das Problem der Altstadtsanierung als vordringlich. Es besteht darin, dass einerseits der gegebene Zustand und Charakter der Altstadtgebiete einer dringenden Lösung entgegengeführt werden muss, während andererseits nicht die sofortige Möglichkeit besteht, diesem Zustand abzuhelpfen.
- II. Die Altstadtsanierung ein soziales Problem:
  - 1.) im weiteren Sinne
    - a) Die Tätigkeit des Architekten ist durchaus sozialer Art. Sofern man von Städtebau spricht, denkt man immer auch daran, dass hierdurch die sozialen Ansprüche, d.h. in diesem Falle das Wohnbedürfnis befriedigt werden soll.
    - b) Die Gestaltung des Städtebildes ist durchaus bedingt durch soziale Momente. Es kann die Feststellung getroffen werden, dass infolge des fragwürdigen Verdienstes einer Bauweise, die sehr stark unter dem Einfluss der klassenkämpferischen Ideologien einer liberalistisch-marxistischen Epoche stand, Stadtviertel entstanden sind (wie z.B. ausgesprochene Villenviertel im Gegensatz zu ausgesprochenen Arbeitervierteln), die die Trennung des deutschen Volkes in verschiedene Klassen bewusst unterstrichen haben.
  - 2.) im engeren Sinne
    - a) Ausgangspunkt ist der soziale Charakter und die Struktur der in den sanierungsbedürftigen Wohnungen lebenden Bevölkerung.
    - b) Es handelt sich hier nicht bloss um die Erfassung und Neuordnung von Teilen von Menschenmassen, sondern in erster Linie um die Familie

und um Einzelpersonen (im Gegensatz zum russischen Kollektiv). Man hat es also nicht mit Massenerscheinungen zu tun, sondern ausschliesslich mit kleinen sozialen Gebilden.

III. Für den sozial Interessierten tauchen bei einer solchen Untersuchung verschiedene Fragen<sup>1)</sup> auf, deren Beantwortung für die Sanierung der Altstadtgebiete von Bedeutung ist:

- 1.) In erster Linie ist die s o z i a l e Frage zu nennen. Darunter verstehen wir ganz allgemein das Problem:
  - a) Was soll aus den Menschen werden, die zur Zeit in dem zu sanierenden Gebiet wohnen ?
  - b) Wie viele von ihnen eignen sich zur Umsiedlung ?
  - c) Was soll mit den wirtschaftlich Schwachen und dauernd Unterstützungsbedürftigen geschehen ?
- 2.) Die w i r t s c h a f t l i c h e Frage umfasst das Schicksal der im Sanierungsgebiet vorhandenen gewerblichen Betriebe:
  - a) Wieweit sind sie ortsgebunden ?
  - b) Welche Folgen sind für sie aus den verschiedenartigen Massnahmen zu erwarten ?

## B. Die Notwendigkeit der Altstadtanierung.

### I. Verkehrspolitische Gesichtspunkte :

- 1.) Die Entwicklung des modernen Verkehrs nimmt derartige Ausmasse an, dass die vorhandenen Strassenzüge in den Altstadtvierteln für die Aufrechterhaltung eines reibungslosen Durchgangsverkehrs nicht mehr genügen.

---

1) Über die baupolizeilichen, städtebaulichen und finanziellen Fragen der Altstadtanierung brauchen wir nicht zu sprechen, da diese Fragen unser Interessengebiet nicht direkt berühren.

- 2.) Es bestehen z w e i Möglichkeiten zur Beseitigung des verkehrshindernden Zustandes :
- a) Umlenkung des Verkehrs durch andere Strassenzüge,
  - b) Schaffung ausreichender Wege im Sanierungsgebiet selbst. In diesem Zusammenhang muss auch die Schaffung neuer Parkplätze hauptsächlich für Kraftfahrzeuge besonders im Hinblick auf die zu erwartende Verkehrssteigerung durch den Volkswagen erwogen werden.

## II. Sozialpolitische Gesichtspunkte :

- 1.) Ausgangspunkt ist wiederum der vorhandene Zustand und Charakter der Altstadtgebiete, im besonderen die sanierungsbedürftigen Wohnviertel:
  - a) Die Konviktstrasse (Nr. 3 - 53)
  - b) Die Fischerau (Nr. 4 - 36)
  - c) Die Turmstrasse (Nr. 3 - 15)
- 2.) Der äussere Eindruck:
  - a) Ausgesprochenes Elendsviertel
  - b) Schlechter Zustand der Gebäude
    - 1) Baufälligkeit einzelner Gebäudeteile
    - 2) Gefährdung anderer Baulichkeiten
  - c) Regellose und unzweckmässige Verbauung und Überbauung der Höfe.
- 3.) Die inneren Verhältnisse:
  - a) Ungenügende Beleuchtung des Treppenhauses,
  - b) Ungenügende Durchlüftung und Belichtung eines Grossteils der Wohn- und Schlafräume, insbesondere auch der Küchen.
  - c) Ungenügende Anzahl von Zimmern im Verhältnis der in der Wohnung lebenden Personen.
  - d) Ungenügende Anzahl von Abortanlagen, Ausgüssen und Wasserzapfstellen
- 4.) Auf Grund dieses Zustandes sowohl der äusseren als auch der inneren Verhältnisse besteht die dringende Notwendigkeit, dass hier Abhilfe geschaffen wird.

### C. Das Ziel der Untersuchung :

- I. Es muss festgestellt werden, wer das Sanierungsgebiet bewohnt und wohin diese Menschen im Sinne einer weitschauenden Planung gelenkt werden sollen :
- 1.) Der Anteil an geordneten und wirtschaftlich gesicherten Haushaltungen, die nur unter dem Druck des bestehenden grossen Wohnungsmangels in diese minderwertigen Wohnungen gezogen sind.
  - 2.) Der Anteil der wirtschaftlich Schwachen oder sogar asozialen Elemente, die aus naheliegenden Gründen nur zu gern diese Altstadtviertel als Unterschlupfmöglichkeiten wählen. Ist dieser Anteil so gross, dass er gegebenenfalls dem ganzen Stadtviertel seinen Stempel aufdrückt ?
- II. Schaffung einwandfreier Wohnmöglichkeiten für d e n Teil der Bevölkerung, der trotz einer zweifelhaften Umgebung noch einigermaßen als gesund anzusprechen ist.
- III. Schaffung von Notwohnungen, gegebenenfalls Erziehungswohnungen und Baracken, für d i e Personen, die nicht imstande sind, sich den Forderungen und Notwendigkeiten des geordneten Gemeinschaftslebens zu fügen und die möglichst die Pflichten zu umgehen und Rechte möglichst auszunutzen versuchen. Darunter fällt auch der Personenkreis, der sich bewusst den Forderungen geordneten Gemeinschaftslebens widersetzt und auch die Scheu vor kriminellen Verhalten bewusst abgelegt hat.

### D. Die Methode zur Erreichung dieses Zieles.

#### I. Bisherige Methode:

Direkte Befragung der betreffenden Personen mit Hilfe eines ausgearbeiteten Fragebogens. Auf Grund dieser Erhebungen erfolgte dann die Entscheidung darüber, ob und in welchem Masse asoziale Elemente vorhanden sind oder gesunde und geordnete Verhältnisse vorliegen.

## II. Kritik dieser Methode :

- 1.) Wenn man sich allein mit der Befragung der betreffenden Personen begnügt, so läuft man Gefahr, dass die Auskünfte, die von dieser Seite aus gegeben werden, kein objektives Bild der tatsächlichen Lage ergeben können.
- 2.) Bei der Urteilsbildung können sich subjektive Tatbestände in dem Masse ergeben, dass die erhaltenen Auskünfte, obwohl durchaus nach bestem Wissen und Gewissen erteilt, für unsere Untersuchung wertlos werden. Dies aus z w e i Gründen :
  - a.) Es werden Tatsachen übersehen, die das Gesamtbild entscheidend beeinflussen.
  - b.) Deshalb könnte der Vorwurf der Unvollständigkeit für die ganze Erhebung und damit der Unbrauchbarkeit gemacht werden. Der Anspruch auf eine brauchbare Vollständigkeit m u s s aber notwendigerweise erhoben werden, wenn es sich darum handelt, ein Urteil zu bilden, inwieweit ein gewisser Personenkreis als a s o z i a l angesprochen werden kann oder nicht.
- 3.) Die bisherige Methode sollte heute vermieden werden, weil das Verfahren der direkten Befragung ungenaue Ergebnisse erzielt. Darüber hinaus hauptsächlich deshalb, weil die direkte (unmittelbare) Fragestellung Probleme der häuslichen Gemeinschaft mitberührt, die ausschliesslich internen Charakter tragen, sodass ein solches Vorgehen unbedingt als indiskret bezeichnet werden muss. Das heisst aber nicht, dass auf diese für eine zutreffende Beurteilung wichtigen Tatsachen verzichtet werden kann. Die unmittelbare Befragung gibt Aufschluss auch über solche Fragen, ohne hiermit die betreffenden Personen selbst zu belästigen oder in ihrem Empfinden zu verletzen.

### III. Neue Wege zur Urteilsbildung.

#### 1.) Die mittelbare Befragung

##### a.) durch vorhandene sachliche Quellen

- 1) Wahlkartei
- 2) Haushaltslisten
- 3) Steuerkarten
- 4) Auszug aus dem Strafregister,

##### b.) durch fremde personhafte Quellen

(darunter sind in erster Linie die Auskünfte zu verstehen, die uns gegeben werden können von den Personen, die unmittelbar mit den in den sanierungsbedürftigen Wohnungen lebenden Personen in anhaltende Berührung kommen) :

Das sind die Auskünfte

- 1) des Wohlfahrtsamtes (Fürsorgeschwester u.ä.)
- 2) des Blockwalters der NSV
- 3) des Blockwalters der Partei
- 4) des Lehrers.
- 5) des Arztes
- 6) der Kranken- und Kinderschwester
- 7) des Geistlichen

##### c.) sonstige Beobachtungen und Feststellungen.

#### 2.) Die unmittelbare Feststellung:

##### a.) persönlich durch Gespräch

##### b.) sachlich durch eigenes Beobachten

#### 3.) Aufstellung und Ausarbeitung von Fragebogen,

die die Tätigkeit der zu befragenden Stelle entsprechend berücksichtigen.

F. Ergebnis der Untersuchung über Altstadtsanierungsmassnahmen:

I. Die Urteilsbildung erfolgt also auf Grund des eingehenden Studiums der

- 1.) eigenen Erhebungen
- 2.) fremden Quellen.

II. Schlussfolgerungen:

Aus den so gewonnenen Erkenntnissen lassen sich folgende Entscheidungen treffen:

- 1.) Der Anteil der asozialen Elemente und die dauernde Unterbringung in Erziehungswohnungen.
  - 2.) Der Anteil der wirtschaftlich Schwachen und dauernd Unterstützungsbedürftigen. Umsiedlung in Notwohnungen oder gegebenenfalls Unterbringung in freiwerdende Wohnungen während und evtl. auch nach Durchführung der Sanierungsmassnahmen.
  - 3.) Der Anteil der geordneten, wirtschaftlich gesicherten Haushaltungen. Dauernde Umsiedlung, sofern dieser Teil den Vorschriften zum Erwerb einer Kleinsiedlung entspricht und ausserdem gewillt ist, eine solche Kleinsiedlerstelle zu bewirtschaften. Andernfalls Unterbringung in andere evtl. auch neue Wohnungen. Rücksiedlung in die neuerstellten Wohnungen des Sanierungsgebietes mit besonderer Berücksichtigung gewerblicher Betriebe.
-



Literaturübersicht:

- Dr. Karl Strölin: Die Durchführung von Altstadtsanierungen,  
in: Reichsplanung, Mai 1935, S.143-147
- Prof.Dr.Jng.H.Flesche: Erfahrungen aus der Altstadtsanierung Braunschweigs,  
in: Reichsplanung, Mai 1935, S.147-150
- Dr. Frank Zint: Altstadtsanierung Saarbrücken  
in: Reichsplanung, April 1936, S.106-110
- Dr.Jng. Kühn und Dr.Jng.Enipping:  
Die Gesundung der Breslauer Altstadt  
in: Zentralklatt der Bauverwaltung  
vereinigt mit der Zeitschrift für Bauwesen, 56. Jahrg., Heft 8 v.19.2.36,  
S.165 - 175.
- Magistratsbaurat Derlam:  
Die Frankfurter Altstadtsanierung  
in : Deutsche Bauzeitung, 72. Jahrg.,  
Heft 37 vom 14.9.38, S.1019 - 1024
- Professor Dr.Andreas Walther:  
Neue Wege zur Großstadtsanierung,  
Stuttgart 1936, W.Kohlhammer-Verlag.
- Internationaler Verband für Wohnungswesen:  
Beseitigung von Elendsvierteln und  
Verfallswohnungen, Stuttgart 1937.
- Bürgermeister a.D. Schwan:  
Wirtschaftliche Gesundung und Slum-  
sanierung.  
in: Deutsche Bauzeitung 68.Jahrg.  
Heft 8 vom 21.2.1934, S.137
- Dr. Jng. Sandow : Die Sanierung der Berliner City  
in: DBZ, Heft 3, vom 21.2.1934
- Dipl.Jng. B e c k : Zur Finanzierung der Altstadtsanierung  
in: DBZ, Heft 8, vom 21.2.1934
- Baudirektor K ö s t e r : Wohnrecht und Altstadtsanierung  
in: DBZ, Heft 8, vom 21.2.1934.

Der Kreis- und Ortsfachgruppenleiter H. Jhringer der Wirtschaftsgruppe Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe stellt uns den nachfolgenden Bericht über den Fremdenverkehr Saison 1938 zur Verfügung. Wir haben an dem Bericht kleine Kürzungen und Umstellungen vorgenommen.

Mit Recht kann man die Schwarzwaldhauptstadt F r e i b u r g als das E i n g a n g s t o r für den s ü d l i c h e n S c h w a r z w a l d bezeichnen. Sein Durchgangsverkehr ist das Barometer für den Fremdenbesuch der umliegenden Kur- und Verkehrsplätze.

Allgemein gesehen hat in der Saison 1938 der Inlandsverkehr zugenommen, im Auslandsverkehr sind nicht überall die Erwartungen erfüllt worden. D a g e g e n liess die Besucherzahl in unserer e n g e r e n H e i m a t in diesem Jahr sehr viel zu wünschen übrig.

Die Vorsaison war gekennzeichnet durch die U n g u n s t der W i t t e r u n g. Im allgemeinen war die politische Spannung, die bereits im Monat Mai einsetzte und sich bis Ende der Saison zu einer Hochspannung entwickelte, die Hauptursache für die Frequenzabnahme. Auf der anderen Seite wurde das deutsche Publikum auf die Reismöglichkeiten in die O s t m a r k aufmerksam gemacht, auf der anderen Seite fehlte ein grosser Teil der A u s l ä n d e r.

In Freiburger Hotels und Pensionen sind viele hundert Vorausbestellungen und Ankünfte ausgeblieben, teils wegen des sehr hohen V i s u m z w a n g e s, aber ganz besonders wegen der mit allen Mitteln einsetzenden A u s l a n d s h e t z e.

Eine von der Kurverwaltung B a d e n w e i l e r herausgegebene Statistik über den Ausländerbesuch weist folgende Zahlen auf :

Gemeldete Ausländer :	1937 bis 31. August	2025
" " "	1938 " " "	1711
Zahl der Übernachtungen	1937 " " "	21687
" " " "	1938 " " "	19777

Es geht daraus hervor, dass der Ausländerverkehr namentlich in Bezug auf die Übernachtungen nur wenig zurückging. Wesentlich anders liegen die Verhältnisse im Hochschwarzwald.

Ein von der Kurverwaltung T i t i s e e mir zugegangener Bericht besagt folgendes: M a i und J u n i befriedigten im Fremdenverkehr keineswegs. Die Zahl der Ankünfte blieb fast überall hinter den Ziffern des Vorjahres zurück. Auch Titisee machte darin keine Ausnahme. Hinterzarten konnte im grossen und ganzen die Ziffern des Vorjahres wieder erreichen.

Beide Orte konnten bisher immer grosse Überschüsse von Fremden an die Nachbarschaft abgeben, u.a. nach Neustadt, Friedenweiler, Bärenthal, Feldberg, Lenzkirch usw. In diesem Jahr war die Zahl der Gäste, die keine Unterkunft finden konnten, relativ klein. Darunter litten die genannten Orte ganz empfindlich.

T i t i s e e hatte in den zurückliegenden Jahren eine gewaltige Zunahme von Ausländern erfahren; ihr Anteil ist zumindest um 20% zurückgeblieben. Es fehlten vor allem die Ausländer, die länger blieben.

Das F e l d b e r g g e b i e t, insbesondere die Grosshotels, hatten eine sehr schwache Saison. Folgende Ziffern bestätigen diese Angabe:

Übernachtungen im Feldbergerhof bei einer Bettenzahl von  
220.

	<u>Sommer 1937</u>	<u>Sommer 1938</u>
Mai	757	398
Juni	1197	1245
Juli	3854	2045
August	5759	3546
bis 10. Sept.	755	373
Zusammen :	12322	7607

Ein Bericht hierüber sagt, dass hauptsächlich die billigen Zimmer leer standen, während die guten Zimmer mit Bad besser besetzt waren. Der Umsatz in den Restaurationen war in den angeführten Monaten um 15% geringer. Somit hat auch der Passantenverkehr des Feldberges eine starke Einbusse erlitten.

Auffallend war in diesem Jahr der fortwährende Aufenthaltswechsel. Der Passant gibt dem heutigen Verkehr ein anderes Gepräge. Auch bei deutschen Gästen, die im Durchschnitt länger blieben, fiel diese sinnlose Hast auf, mit der man heute reist. Täglich kamen Gäste im Auto noch spät abends an, nachdem sie schon Hunderte von Kilometern hinter sich hatten, um in aller Frühe des kommenden Morgens wieder weiter zu fahren. Wenn diese Übernachtungen auch manche Lücken der noch leer stehenden Betten ausfüllten, so kam es in der Hauptsaison doch vor, dass solche Leute infolge der ausverkauften Hotelbetten zu so später Stunde keine Unterkunft in dem betreffenden Ort finden konnten und über den Zustand verärgert waren. Hier täte eine Erziehung zu besinnlicherem Reisen not. Nicht im Erbauen neuer Hotels liegt die Lösung zur Behebung derartiger Mißstände, sondern in einem besseren Aufteilen der Reisezeiten, einer zweckmäßigeren Einteilung der Schulferien und Förderung des Reiseverkehrs in der Vor- und Nachsaison.

Hand in Hand müssen die Bemühungen gehen, um allmählich zu einer besseren zeitlichen Einteilung des Fremden- insbesondere des Erholungsverkehrs und zu einer Verlängerung der Aufenthaltsdauer der Gäste zu kommen.

Nicht unerwähnt sei bei dieser Feststellung die starke Abwanderung der Gäste in die unkontrollierten Privatzimmer. Die bereits veröffentlichten statistischen Zahlen stehen in grossem Widerspruch zu der vorhandenen Bettenzahl im Beherbergungsgewerbe. Es lässt sich daher nicht erkennen, welchen Anteil das Hotel- und Pensionsgewerbe bei diesen Zahlen hat. Die Privat-

zimmervermietung bedarf dringend einer gesetzlichen Regelung, wenn das Beherbergungsgewerbe nicht zum Erliegen kommen soll. Die Hotel-, Gasthof- und Pensionsbetriebe der Stadt Freiburg, sowie des mir anvertrauten Kreises zeigen ihre volle Leistungsfähigkeit hinsichtlich der Anforderungen an ihre Betriebsgemeinschaft. (KdF bringt Grossmassen von Jahr zu Jahr, für deren Unterkunft und Verpflegung bestens gesorgt wird.

Nach den bisherigen Erfahrungen sind im Fremdenverkehr die grössten Schwierigkeiten gemeistert worden, weil das heimatliche Reisen nicht Zufall ist, sondern von Staatswegen betreut und gefördert wird. Alle kleinen und grossen Sorgen, die das Gastgewerbe drücken, müssen verschwinden in der Erkenntnis, dass die Zukunft und der gesicherte Frieden uns für die kommenden Jahre zu neuen Hoffnungen berechtigen.

Herr Steinbach, Geschäftsführer des Schwarzwaldreisebüros Freiburg G.m.b.H., hat uns einen Bericht über Aufgaben und Tätigkeit seines Instituts zur Verfügung gestellt. Aus technischen Gründen kann er hier nur gekürzt wiedergegeben werden.

Der Bericht weist zunächst auf die gewaltigen Änderungen hin, die die Art des Reisens durch die moderne Technik erfahren hat. Mit der Art des Reisens hat sich auch die Betreuung und Organisation erheblich entwickelt. Den Vorbereitungen alter Pilgerzüge zum Beispiel ist nun in langer, aber konsequenter Entwicklung das "neuzeitliche Reisebüro, wie wir es heute als eine präzise arbeitende Einrichtung kennen" gefolgt.

"Das Reisebüro ist zu einem Faktor geworden, welcher aus dem Wirtschaftsleben nicht mehr wegzudenken ist. Es verkauft Eisenbahnfahrkarten für In- und Ausland, reserviert Plätze in den Zügen und Schlafwagen, im Flugzeug und im Luftschiff. Die Veranstaltung von Gesellschafts- und Pauschalreisen, die Beschaffung von Reisekreditbriefen und Passvisa wird besonders gepflegt, die Reservierung von Hotelzimmern, die Ausgabe von Schiffskarten nach allen Teilen der Welt und die Durchführung von Omnibusreisen fallen ebenfalls in den Aufgabenbereich eines gut geführten Reisebüros.

Das Reisebüro kann durch alle ihm zufallenden Aufgaben mit Recht als Werbezelle des Fremdenverkehrs angesehen werden. Niemand anderes als das Reisebüro ist dazu berufen, das wertvolle Werbematerial der Verkehrsämter, der Landesverkehrsverbände, der Hotels und der sonstigen mit der Herstellung von Werbematerial betrauten Organisationen zu verwalten und in die Hände der richtigen Interessenten zu leiten. Das Reisebüro wird immer die erste Stelle sein, an die das Publikum in allen Reisefragen vertrauensvoll herantritt, von der es sich beraten und führen lässt und auf dessen Rat es hört. Es kann also das Reisebüro als der Vermittler zwischen Verkehrsunternehmen und Reisenden in allen Reisefragen bezeichnet

werden, da es berufen ist, den Interessenten weiter Kreise in unparteilicher Weise zu dienen. Die Werbung sollte möglichst durch die Aufnahme persönlicher Beziehungen erfolgen. Hierzu ist es erforderlich, dass die inländischen und ausländischen Büros besucht und zum Besuch Freiburgs angeregt werden. Die beste Zeit hierzu ist Oktober bis Dezember, weil in dieser Zeit die Programme für die nächstjährige Saison aufgestellt werden. Eine besondere Bedeutung ist einem wirkungsvollen Plakat und einem ansprechenden Prospekt beizumessen. Die Werbung durch Plakate müsste u.E. nach regional und durch Plakatierung an den Anschlagssäulen erfolgen. Hinausgeworfenes Geld ist es, Plakate zwecks Aushang wahllos an Reisebüros zu versenden, da die Büros meistens nicht über genügend Flächen verfügen, um die Plakate auszuhängen. Etwas anderes ist es, wenn durch persönliche Fühlungnahme der Plakataushang zugesagt wird. Daneben hat das deutsche Reisebüro, abgesehen von der vorher erwähnten Mittler-tätigkeit, noch die grosse Anzahl weiterer, unmittelbar wertvoller Aufgaben zu lösen, die der Förderung des Verkehrs von dem Ausland nach Deutschland dienen. Ohne Zweifel bildet die bewährte Zuverlässigkeit der anerkannten deutschen Reisebüros einen der Umstände, dass die Berichte der aus Deutschland in ihre Heimat zurückgekehrten Fremden in den meisten Fällen nur günstig lauten und nur Gutes über die in Deutschland gemachten Erfahrungen berichteten.

Die Finanzierung des Reisebüros wird ermöglicht durch Einnahmen, die es als Unternehmer von Gesellschaftsreisen, Pauschalreisen, Einzelreisen und Autobusreisen erzielt und durch Provisionseinnahmen, die ihm als Vertreter der inländischen und der ausländischen Eisenbahnen, der Schifffahrtsgesellschaften, der Luftfahrtgesellschaft und als Vertreter sonstiger Verkehrsunternehmungen zustehen.

Ein besonderer Wert wird, wie bereits vorstehend erwähnt, auf die Pflege guter Beziehungen zu den inländischen und ausländischen Reisebüros und anderer

Verkehrsunternehmungen gelegt, weil diese den Fremdenverkehr nach Freiburg und nach dem Schwarzwald lenken können. Unter den Begriff "Fremdenverkehr" fallen daher in diesem Zusammenhange nur die Besucher, welche durch besondere Werbung, sei es durch Werbung der Verkehrsämter oder durch die Werbung des Reisebüros, nach Freiburg gebracht werden. Mithin sind auch die KDF-Gäste in den Fremdenverkehrs-Statistiken zu führen, weil vielfach KDF-Reisen nur aufgrund einer Werbung der Verkehrsämter bei den DAF-Dienststellen nach bestimmten Gegenden veranstaltet werden. Dagegen müssten die italienischen Feriengäste der Dopolavoro in den Fremdenverkehrs-Statistiken besonders erwähnt werden, weil deren Sendung nicht auf eine besondere Werbung durch die hierzu vorgesehenen Stellen erfolgte.

Die Unterbringung der Fremden sollte nach Möglichkeit nur in den konzessionierten Beherbergungsstätten erfolgen. Es wird jedoch nicht zu vermeiden sein, dass auch Privatzimmer für die Unterbringung benötigt werden und zwar nicht nur an Tagen der Hochsaison, sondern auch in den sonst ruhigen Monaten, weil nach nationalsozialistischen Grundsätzen jeder Deutsche ein Recht hat auf Wandern und Reisen, aber nicht jeder die finanziellen Mittel besitzt, um in einer Gaststätte zu wohnen. Hieraus ergibt sich ohne weiteres ein Unterschied in der Betreuung der Reisenden durch das Gaststättengewerbe und durch das Reisebürogewerbe. Das Gaststättengewerbe hat laut Hotel-Preisliste die Reisenden, die es betreuen will und kann, nach ihren finanziellen Mitteln genau eingestuft, während das Reisebüro den finanziell sowohl Schwächsten, als auch den finanziell Stärksten zu betreuen hat. (Das Reisebüro vermittelt Quartiere). Es muss unbedingt darauf gedrängt werden, dass die Privatzimmer-Vermietung durch Unterstützung der Behörden zentralisiert wird.

Ihre Frage, ob Freiburg als Daueraufenthalt von den Fremden gewählt wird, kann nur bejaht werden, denn die 8- und 14-tägigen Aufenthalte englischer Feriengäste haben dieses bewiesen. Die Freiburger Hoteliers kamen erfreulicherweise solchen Feriengästen weitgehendst entgegen;



andererseits sind die verschiedenen Arten von Unterhaltungsmöglichkeiten mitbestimmend für einen Daueraufenthalt in Freiburg.

Die Bestrebungen des Reisebüros, Freiburg immer mehr zum Ausflugszentrum zu machen, tragen mit dazu bei, dass die Übernachtungsziffern ständig im Steigen begriffen sind. Erfahrungsgemäss werden unsere Höhenwagenfahrten vielfach dazu benutzt, um sich einen allgemeinen Überblick über den südlichen Schwarzwald zu verschaffen und dann einen bestimmten Ort oder Gegend zu wählen.

**Seite 55. Zeile 4 von unten**

**schwächste Abweichung**

**statt**

**stärkste Abweichung**

Das Verhältnis von Wohnungsgeldzuschuss zum Mietaufwand bei Beamten und Angestellten der Stadt Freiburg.

I. Zweck der Untersuchung:

Feststellung der Abweichungen des Wohnungsgeldzuschusses vom tatsächlichen Mietaufwand der Beamten und Angestellten innerhalb der einzelnen Besoldungs- und Vergütungsgruppen.

II. Unterlagen:

1. Durch Fragebogen ermittelte Mietpreise.
2. Gehaltseinstufung der Beamten und Angestellten.
3. Tarife für den Wohnungsgeldzuschuss.

III. Methode.

Gegenüberstellung der Mietaufwandssummen aufgrund der Angaben von 310 Beamten (56,4 v.H. aller Beamten) und 273 Angestellten (79,5 v.H. aller Angestellten) und des Wohnungsgeldzuschusses. Die Abweichungen des Wohnungsgeldzuschusses von dem Mietaufwand wurden in v.H. der Miete berechnet.

IV. Ergebnis:

A: rechnerisch:

1. Bei den Beamten:

Besoldungsgruppe:	Abweichung des Wohnungsgeldzuschusses in v.H. der Miete:
2 b	-19
2 d	-12
3 b	- 6
3 c	-12
4 a	-24
4 c	+ 7
4 b 1	-15
4 b 2	- 2
7 a	- 6
8	+ 8
9	+ 4
10 a	+ 2
11 a	- 5

Die stärkste Abweichung im negativen Sinne weist die Gruppe 4 b 2 auf, die mit 64 Beamten die zweitstärkste Gruppe überhaupt ist. Davon haben 40 Beamte ihre Angaben für die Untersuchung gemacht.

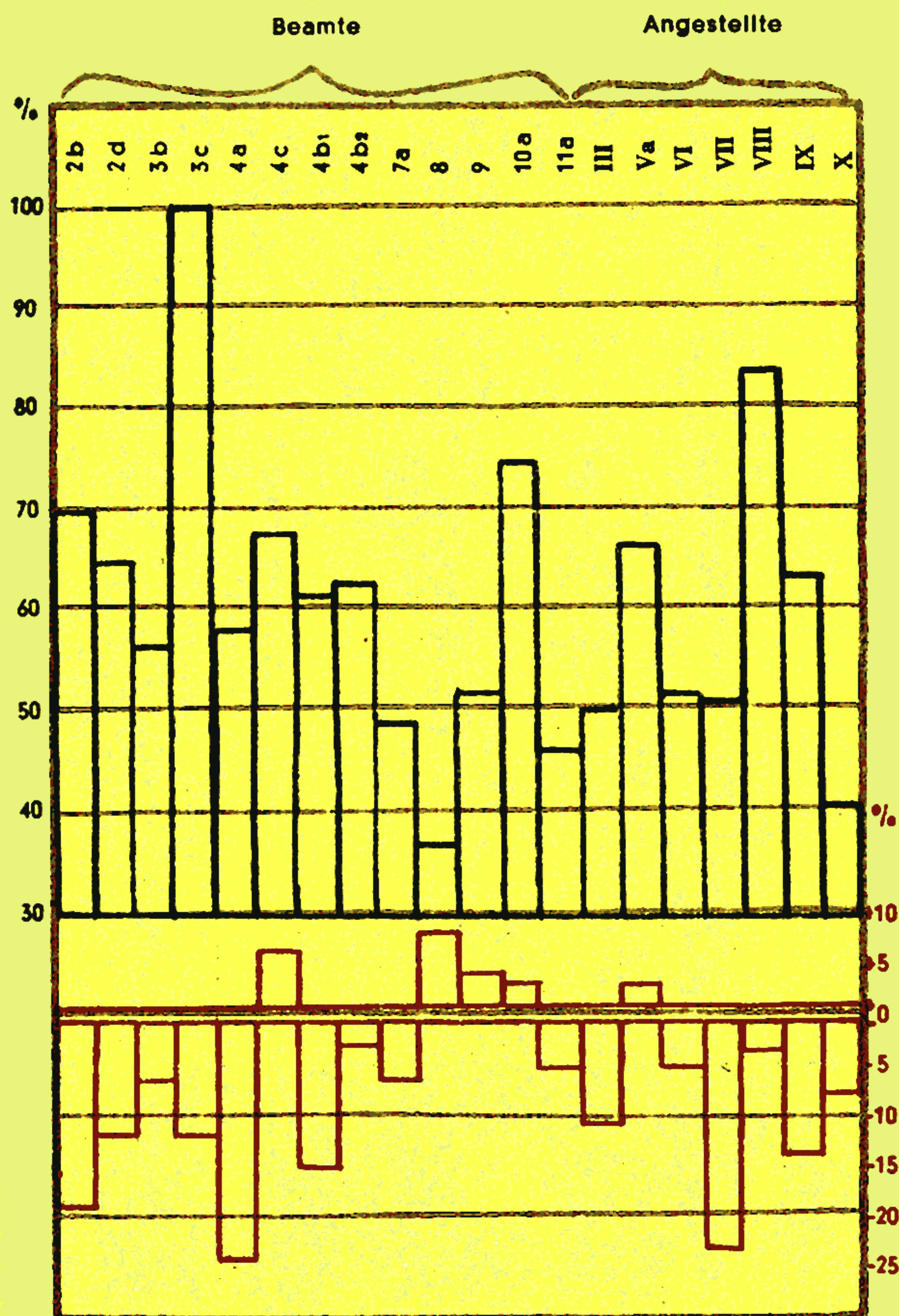
2. Bei den Angestellten:

Vergütungsgruppe	Abweichung des Wohnungsgeldzuschusses in v.H. der Miete:
III	-11
V a	+ 2
VI a + b	- 5
VII	-23
VIII	- 3
IX	-14
X	- 8

In der Vergütungsgruppe VII wurden von 55 Angestellten 28 befragt, in der Gruppe IX von 161 Angestellten 104.

B. Graphische Darstellung:

Sie veranschaulicht die prozentuale Abweichung des Wohnungsgeldzuschusses von der Miete (rot) und den prozentualen Anteil der zur Untersuchung herangezogenen Beamten und Angestellten an der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten (grün).



## V. Fortführung.

Das Resultat der Ermittlungen kann nur als ein vorläufiges angesprochen werden. In seiner jetzigen Form stellt es lediglich einen Ausgangspunkt für weitere beabsichtigte Untersuchungen dar, die das augenblickliche Ergebnis mehr oder weniger beeinflussen werden, da die Vielzahl der verschiedenartigen familiären und finanziellen Umstände in diesem reinen Summenergebnis unberücksichtigt blieben.

Will man ein möglichst genaues Resultat auch für den Einzelfall erreichen, so wären etwa noch folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1. die Wohndichte, d.h. die räumlichen Verhältnisse , insbesondere kinderreicher Familien,
2. inwieweit sind die derzeitigen Wohnverhältnisse gewollt. Wird eine Wohnungsänderung gewünscht?
3. welchen Anteil hat der monatliche Mietaufwand am Bruttoverdienst unter Berücksichtigung der Kinderzulagen, etc.

Wenn eine Verflechtung dieser zusätzlichen Fragen mit dem bisherigen Ergebnis vorliegt, kann hiermit ein interessanter Einblick in die sozialen und kulturellen Verhältnisse der städtischen Beamten und Angestellten gegeben werden.

Eheschliessungen, Geburten und Sterbefälle in  
Freiburg im Breisgau im 3. Vierteljahr 1938.

(Zahlenmaterial ist der anschliessenden Tabelle  
zu entnehmen.)

I. S y m p t o m e :

1. W e n i g e r E h e s c h l i e s s u n g e n  
gegenüber dem 3. Vierteljahr 1937.
2. Ein beachtliches P l u s an G e b u r t e n  
gegenüber dem gleichen Zeitraum der Vorjahre.
3. U n d - weniger erfreulich - ein P l u s an  
S t e r b e f ä l l e n .

II. E r k l ä r u n g :

1. a) W e n i g e r E h e s c h l i e s s u n g e n  
als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Man braucht nun nicht allzusehr beunruhigt zu sein, dass die Zahl der Eheschliessungen absolut und relativ gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um einiges abgenommen hat. Die hohen Eheschliessungsziffern der letzten Jahre erklären sich eben aus der Nachholung der Ehen, die in den Jahren vor 1933 zurückgestellt wurden. Dieses Reservoir ist aber nicht unerschöpflich, zumal es nur in geringerer Masse wieder aufgefüllt wird - bedingt durch die Geburtenausfälle in den Weltkriegsjahrgängen und die daraus sich ergebende kleinere Zahl an heiratsfähigen jungen Leuten.

- b) . . . Aber n o c h w e n i g e r E h e -  
s c h l i e s s u n g e n in den "guten" Jahren:

Blättern wir einmal im statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich und schauen nach den Eheschliessungsziffern der Jahre um die Jahrhundertwende:

Die Eheschliessungsziffern dieser Jahre waren wesentlich geringer als die der letzten Jahre. Und trotz-

dem garantierten jene nicht nur eine gleichbleibende Bevölkerungszahl, sondern ein natürliches Wachstum derselben.

c) W e s e n t l i c h

ist für die Gemeinschaft nicht, dass nur viele, sondern dass fruchtbare Ehen geschlossen werden, d.h. dass die Eheschliessenden willens sind, eine für die Erhaltung des Volkes notwendige Kinderzahl aufzuziehen.

2. a) Die Zahl der G e b u r t e n

war in Freiburg im Berichtsvierteljahr absolut und relativ grösser als in den entsprechenden vorhergehenden Vierteljahren seit dem Geburtentiefstand von 1933.

Der Wille zum Kinde ist zweifellos stärker geworden. Doch dürfen wir uns mit diesem Erfolg nicht zufrieden geben, denn noch scheint der Weg weit zu sein bis zur Erreichung jener Geburtenziffer von etwa 22 Geburten auf das 1000 (gegen jetzt in Freiburg: 17,4) der Bevölkerung, einer Ziffer, die notwendig ist zur reinen Erhaltung unserer Bevölkerungszahl.

b) Als M a n g e l

müssen wir es betrachten, dass es uns aus früheren Jahren an Material fehlt, dessen wir bedürften, um interessante und wichtige Schlüsse ziehen zu können. Ich denke da z.B. an die den Kinderreichtum fördernden Massnahmen der Regierung, deren Wirkung man in Auszählungen über die Geburtenhäufigkeit erkennen könnte. Ebenso die Wirkungen der Massnahmen in den einzelnen sozialen Schichten.

3. Die S t e r b e z i f f e r

tendiert auf eine Richtung hin, auf die schon im letzten Informationsdienst hingewiesen wurde: Ansteigen der Sterbeziffer, die sozusagen vorbelastet ist, durch die verhältnismässig starke Besetzung der älteren Jahrgänge.

## Die A - B - C - S c h ü t z e n in Freiburg.

Die tatsächlich erfolgten und die mutmasslich erfolgenden Schuleintritte.

### I. A u s g a n g s p u n k t .

F r ü h e r :

Auch die Beurteilung des Bedarfs an Lehrkräften war bis zum Jahre 1933 gekennzeichnet von jener Geisteshaltung, die sich mit gewissen Niedergangserscheinungen bereits abgefunden hatte; d.h. bis zum Jahre 1933 nahm die Zahl der Geburten von Jahr zu Jahr ab, folglich braucht man - so sagte man sich - voraussichtlich auch immer weniger Lehrer - und man ergriff dementsprechende Massnahmen -.

H e u t e :

braucht man aber tatsächlich nicht weniger, sondern mehr Lehrer. Die Lage ist also genau umgekehrt. Vor allem ist Ziel und Blickrichtung vollkommen anders geworden. Man findet sich nicht ab mit einem Niedergang, man stellt sich ihm entgegen. Die Geburtenzahl nimmt zu (wenn auch noch nicht in erforderlicher Masse). Dementsprechend wird man mehr Lehrer für unsere Jugend brauchen.

### II. Z w e c k der Untersuchung.

Wozu aber nun die Frage erheben nach der mutmasslichen Zahl der Schuleintritte in den folgenden Jahren ?

Genügt es nicht festzustellen, dass die Zahl der bisherigen Schuleintritte so und so gross war, und dann zu sagen: Nun, so ungefähr werden die Zahlen in den nächsten Jahren auch aussehen.



Dazu ist zu sagen:

Es muss immer unser Bestreben sein, zukünftige Ereignisse, deren Vorausberechnung für uns von Interesse und Wert ist, auch mit Hilfe bisher gesammelter Erfahrungen über den Gegenstand mit möglichst grosser Genauigkeit vorauszubestimmen. Es ist doch sicher von grosser praktischer Bedeutung zu wissen, wie sich die zukünftigen Schuleintritte verhalten werden, denn nur dadurch erwirbt man sich die Grundlagen für eine planmässige Schulpolitik (Lehrereinsatz, Höhe der Kosten für Schulen und Schulverwaltung).

### III. G a n g der Untersuchung.

Wir kennen die Zahlen der Geburten in unserer Stadt bis zum heutigen Tag. Darüber hinaus kennen wir aber auch die Zahlen der Schuleintritte bis einschliesslich Ostern 1938.

Aus dem uns zahlenmässig bekannten Geburtsjahrgang und dem ihm entsprechenden (ebenfalls bekannten) Jahrgang der A-B-C Schützen errechnen wir nun die Verhältniszahl. Das arithmetische Mittel aus den einzelnen errechneten Verhältniszahlen setzt uns in Stand, die mutmasslichen Schuleintritte, deren entsprechende Geburtsjahrgänge wir kennen, zu ermitteln.

Für F r e i b u r g ergibt sich so (unter Ausserachtlassung von St.Georgen) folgendes Bild der Schuleintritte :

G e b u r t e n				Die den Geburten entsprechenden Schuleintritte			
Jahrgang	Kna- ben	Mäd- chen	insg.	Jahr	Kna- ben	Mäd- chen	insg.
1) 1928/29	655	645	1300	1935	623	598	1221
1) 1929/30	669	580	1249	1936	627	530	1157
1) 1930/31	669	642	1311	1937	586	625	1211
1) 1931/32	648	600	1248	1938	616	562	1178
2) 1932/33	720	695	1415	4) 1939	680	643	1323
3) 1933/34	701	657	1358	1940	662	608	1270
3) 1934/35	852	785	1637	1941	805	726	1531
3) 1935/36	857	784	1641	1942	810	725	1535
3) 1936/37	873	805	1678	1943	825	744	1569
3) 1937/38	875	830	1705	1944	826	768	1594

1) 1.Mai bis 30.April des folgenden Jahres

2) 1.Mai 1932 bis 30.Juni 1933

3) 1.Juli bis 30.Juni des folgenden Jahres

4) ab 1939 Zahl der mutmasslichen  
Schuleintritte

) Änderung des Datums  
für den Schuleintritt  
gemäss Reichsgesetzbl  
Reichsschulpflicht-  
gesetz. Vom 6.Juli 38

#### IV. Erläuterung und Kritik.

Das den Berechnungen für die zukünftigen Schuleintritte zu Grunde gelegte arithmetische Mittel war für Knaben das von 94,5 v.H., für Mädchen das von 92,5 v.H. Im Verhältnis zu dem entsprechenden Geburtsjahrgang kommen also - nach den bisherigen Erfahrungen - mehr Knaben als Mädchen in die Schule.

./.

Die Stadt Basel hat in ihrem Statistischen Jahrbuch von 1936 gleichlaufende Untersuchungen angestellt und errechnet als Mittel für die mutmasslichen Schuleintritte der Knaben 94 v.H., der Mädchen 92 v.H.

Der Geburtsjahrgang umfasst die für die entsprechenden Schuleintritte massgebenden Geburtenzahlen (s. die Fussnoten zur Tab.). In den Berechnungen sind Faktoren enthalten, die sich niemals genau vorausbestimmen lassen:

1. Die Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit
2. Die Zu- und Fortzüge von Familien (und damit auch Kleinkindern)
3. Die infolge von geistigen oder körperlichen Mängeln nicht in die Schule Eintretenden.

Wir müssen uns also darüber im Klaren sein, dass solche Zukunftsberechnungen keinen Anspruch auf hundertprozentiges Eintreffen erheben können. Aber sie erlauben uns immerhin, ein Bild von wahrscheinlich eintretenden Ereignissen mit grösstmöglicher Genauigkeit zu erhalten.

Quellen: Material des Stadtschul-  
amtes und des Statistischen  
Amtes.

# Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in Freiburg in den 3. Vierteljahren von 1932-1938.

Zeit	Eheschließ.		Lebendgeborene					Tot-		Sterbefälle				
			von ortsans. Müttern			von orts- fremd- müttern	geburten von		von Ortsansässigen				von Orts- frem- den	
	ab- so- lut	* auf 1000 d. Bev.	männ- lich	weib- lich	Zus.	* auf 1000 d. Bev.	orts- ans. mütt.	orts- fremd- mütt.	männ- lich	weib- lich	Zus.	* auf 1000 d. Bev.		
Juli 1938	77	8.6	82	75	157	17.5	106	1	4	47	49	96	10.7	48
Aug. 1938	91	10.2	76	86	162	18.2	91	3	2	46	44	90	10.1	51
Sept. 1938	107	12.0	72	76	148	16.6	104	3	1	41	50	91	10.2	51
3. Viertelj. 1938	275	10.3	230	237	467	17.4	301	7	7	134	143	277	10.3	150
Juli 1937	99	11.6	38	91	129	15.2	105	1	3	51	35	86	10.1	34
Aug. 1937	78	9.2	71	62	133	15.6	98	2	2	61	28	89	10.5	44
Sept. 1937	106	12.5	53	47	100	11.8	110	1	4	40	39	79	9.3	39
3. Viertelj. 1937	283	11.1	162	200	362	14.2	313	4	9	152	102	254	10.0	117
3. " 1936	260	10.2	204	198	402	15.8	260	8	5	106	108	214	8.4	121
3. " 1935	267	10.6	208	185	393	15.6	284	6	7	127	139	266	10.6	119
3. " 1934	269	10.8	198	176	374	15.0	241	7	3	123	103	226	9.1	106
3. " 1933	303	12.2	153	149	302	12.2	197	8	4	85	123	208	8.4	90
3. " 1932	219	9.2	160	166	326	13.7	209	3	4	116	92	208	8.8	93

\* auf 1000 der Bevölkerung und auf das Jahr berechnet.

Überblick über die Versorgungslage und Stand der Lebenshaltungskosten der Stadt Freiburg.

A. Aufgabe des Versorgungsberichts:

Der monatliche Versorgungsbericht hat die Aufgabe, den Reichskommissar für Preisbildung über die Preislage und Preisentwicklung der wichtigsten Verbrauch- und Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs in einer Anzahl deutscher Städte zu unterrichten.

B. 1. Durchführung:

Beauftragter des Reichspreiskommissars ist das Statistische Amt, das hinsichtlich der Preisveränderungen und ihrer Ursachen, der Warenbeschaffenheit (Veränderungen, Mängel und Vorzüge der Waren) und der Versorgungsschwierigkeiten genaue Beobachtungen und Ermittlungen anstellt.

2. Methode der Durchführung:

a. Monatliche Preisbefragungen von ungefähr 80 Einzelhandelsgeschäften der verschiedensten Branchen in den verschiedenen Stadtteilen, die vornehmlich den Bedarf der wirtschaftlich Schwächeren befriedigen.

b. Neben den Aussagen über den Preis steht die persönliche Befragung der Geschäftsinhaber hinsichtlich der etwa aufgetretenen Schwierigkeiten, der Qualitätsverschiebung, der Verbrauchsumlenkung etc.

C. 1. Der so entstandene Versorgungsbericht erscheint hier im Informationsdienst aus Raumersparnisgründen jeweils nur in Form eines Auszuges, der einen kurzen Tatsachenbericht für die einzelnen Monate enthält.

2. Die Lebenshaltungskosten:

Hierunter ist der monatliche Aufwand einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie (2 Erwachsene und 3 Kinder verschiedenen Alters und Geschlechts) zu verstehen, der an Ernährung, Bekleidung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und kulturellem Bedarf entsteht. Die Gesamtsumme des Bedarfs, in Reichsmark ausgedrückt, wird im Durchschnitt des 1. Vierteljahres

1934 = 100 gesetzt. Von dieser Basis aus sind unter Berücksichtigung der Dringlichkeit der einzelnen Bedürfnisse die monatlichen Indexziffern berechnet, die nichts anderes sein wollen, als ein Mittel zur Beurteilung der positiven oder negativen Veränderung der Kosten der Lebenshaltung.

- D. I. Versorgungsbericht Oktober und November  
II. Lebenshaltungskostenindex.

### Versorgungsbericht.

#### 1. Preislage und Preisentwicklung:

Die meisten Preisänderungen sind zur Zeit auf dem Gebiete der Bekleidung festzustellen. Die Ursachen hierfür sind die starke Anspannung der Märkte, hierdurch verzögerte Lieferungen und die Ersetzung der entstehenden Lücken durch bessere Qualitäten, die dann natürlich auch teurer sind.

#### 2. Warenbeschaffenheit:

Im Monat Oktober gab die schlechte Qualität der Kartoffeln zu Klagen Anlass. Anhaltend schlecht ist die Qualität der Berufskleidung, sehr schwankend auch die Woll-Zellwollprodukte.

#### 3. Versorgungslage:

Bis auf Obst, Butter und teilweise auch Kalbfleisch ist die Versorgung mit Lebensmitteln als gut zu bezeichnen. Das bisherige sehr knappe Angebot an Fischen hat sich in diesem Monat gebessert.

Auf dem Gebiet der Bekleidung liegt die Hauptschwierigkeit in den verzögerten Lieferfristen von seiten der Fabrikanten, wodurch augenblicklich der zu erwartende starke Umsatz im Weihnachtsgeschäft bedroht ist. Der Winterbedarf konnte im allgemeinen zufriedenstellend befriedigt werden.

### Lebenshaltungskosten.

Die Zahlen umfassen die Lebenshaltungskosten für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung, Wohnung, Verkehr und sonstigen Bedarf.

Durchschnitt	Jan./März	1934	=	100
	November	1937	=	114,8
	Oktober	1938	=	114,8
	November	1938	=	113,9

Lesenswerte wirtschaftspolitische Aufsätze.

Die Wehrwirtschaft und die deutsche Binnenwirtschaft  
Mende. DDV Nr.8, 25. Nov. 38, S. 338

Grundlagen und Tendenzen der deutschen Maschinenausfuhr.  
DDV Nr.2, 14. Okt. 1938, S. 61

Südosteuropainteressen der Schweiz und Deutschland.  
DDV Nr.3, 21. Okt. 1938, S. 110

Zunehmende Kartellierung der Rohstoffe  
Richarz, DDV Nr. 7, 18. Okt. 38, S. 285

Preispolitik bei öffentlichen Aufträgen  
von Halen, DDV, Nr.7, 18. Nov. 1938, S. 289

Die Problematik der Vollbeschäftigung  
Schneider, DDVolkswirtschaft, Nr.32, Nov. 38, S. 1172

Die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland  
DDV, Nr.7, 18. Nov. 38, S. 259

Der Boden- und Kommunalkredit in der Tschecho-Slowakei  
Herrmann, BA, Nr.25, 1.10.38, S. 617

Die öffentlichen Schulden in der Tschecho-Slowakei  
BA, Nr.25, 1.10.38, S. 617

Der Zusammenbruch der tschechischen Finanzwirtschaft  
BA, Nr.25, 1.10.38, S. 623

Die Banken in der Tschecho-Slowakei  
BA, Nr.25, 1.10.38, S. 647

Kredithilfe für die Tschecho-Slowakei  
BA, Nr.25, 1.10.38, S. 659

Der kreditwirtschaftliche Umbau im sudetendeutschen und  
tschecho-slowakischen Raum, Ba.27, 1.11.38, S. 685

Das Kreditwesen im Sudetenland  
Barthel, DDV, Nr.2, 14. Okt. 38, S. 58

Die sudetendeutschen Sparkassen im tschechoslowakischen  
Kreditwesen. Kruk, DDV, Nr.2, 14. Okt. 38, S. 59

Die Produktion der Tschecho-Slowakei und die sudetendeut-  
sche Wirtschaft, DDVolkswirtschaft, Nr.28, Oktober 38, S. 1031.

Kohle in neuen Grenzen  
Fezer, DDV, Nr.5, 4.11.38, S. 189

Der Anschluss der sudetendeutschen Wirtschaft  
DDV, Nr.1., 7.10.38, S. 11

Währung, Preise, Löhne im Sudetenland  
DDV, Nr.1, 7.10.38, S. 5

Die Textilindustrie im Sudetenland.  
Lorch, DDV, Nr.3, 21. Okt. 38, S. 105

Sudetenwald

DDV, Nr. 7., 18. Nov. 38, S. 249

Neue Marktverhältnisse für die tschecho-slowakische  
Rüstungsindustrie, DDV, Nr. 5, 4. 11. 38, S. 195

Arbeitsbeschaffung und Vierjahresplan im Sudetenland.  
DDV, Nr. 3, 21. Okt. 38, S. 100

Aufgaben und Leistungen des Verkehrswesens zur nationalen  
Sicherheit, Kleinmann, VP, Okt. 38, S. 578

Mehr Raum für den Lastkraftwagen  
DDVolkswirtschaft, Nr. 29, Okt. 38.

Der gesteigerte Verkehr verlangt Fahrzeugreserven  
Philipp, DDV, Nr. 3, 21. Okt. 38, S. 105

Die Begrenzung der Typenprogramme.  
DDVolkswirtschaft, Nr. 30., Okt. 38, S. 1095

Mittellandkanal fertig  
DDVolkswirtschaft, Nr. 30, Okt. 38, S. 1093

Produktive Türkenkredite  
DDV, Nr. 2, 14. Okt. 38, S. 48

Der Nahrungsmittelbedarf in der Einfuhrplanung  
L. Mischke, DDV, Nr. 2, 14. Okt. 38, S. 48

Der deutsche Lieferungskredit für die Türkei.  
BA, Nr. 26, 15. 10. 38,

Umfassender England-USA-Vertrag  
Gerwin, DDV, Nr. 8, 25. Nov. 38, S. 331 Japans wirtschaftliche Mobil

Japans wirtschaftliche Mobilmachung  
DDVolkswirtschaft, Nr. 28, Okt. 38, S. 1040

Die Erneuerung der englischen Eisen- und Stahlindustrie  
VP Okt. 38, S. 598

#### Zu unseren Artikeln.

Landwirtschaft und Volkseinkommen  
DDVolkswirtschaft, Nr. 32, Nov. 38, S. 1163

Der Stand der Erzeugungsschlacht  
VP Nov. 38, S. 658

Bauwirtschaft und Staatsführung  
DDVolkswirtschaft, Nr. 28, Oktober 38, S. 1023

Die Entwicklung des Wohnstättenbaues  
VP, Okt. 38, S. 582

---

DDV = Der deutsche Volkswirt. DDVolkswirtschaft = Die deutsche  
Volkswirtschaft. VP = Der Vierjahresplan. BA = Bankarchiv.  
DDV, DDVolkswirtschaft, sind in unserem Besitz. Die anderen Zeit-  
schriften können wir vermitteln.